

Info-Blatt 68

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e. V.

Mai 2006



Liebe Leserinnen und Leser,

es hat schon einen leichten Zug ins Irreale, aber hiermit versuchen wir, uns an diejenigen zu wenden, die diese Zeitung nicht erreichen wird. Wir möchten uns nämlich bei all denen entschuldigen, die wir nicht mehr mit dem Infoblatt beliefern können. Da das Ökumenische Büro auch im Jahr 2006 mit weiteren massiven Mittelkürzungen zurechtkommen muss, sahen wir keine andere Möglichkeit, als die Auflage des Infoblattes auf tausend Exemplare zu halbieren (daher sind wir weiterhin auf Spenden angewiesen: <http://www.oeku-buero.de/spenden/>). Wie schon vor einem Jahr, in der vorletzten Ausgabe, angekündigt, werden ab dieser Ausgabe auf der Web Seite des Ökumenischen Büros www.oeku-buero.de PDF-Dokumente der Infoblätter zum Herunterladen zur Verfügung gestellt werden. Denjenigen, die bei unseren Umfragen des letzten Jahres den Wunsch geäußert haben, weiter das Infoblatt zugeschickt zu bekommen, werden wir es auch weiterhin zuschicken, die anderen haben die Möglichkeit, es von unserer Internetseite herunterzuladen.

Das IV. Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union (EU) und den Staaten Lateinamerikas und der Karibik im Mai 2006 in Wien war sicherlich für alle Gruppen, die zu Lateinamerika arbeiten, ein wichtiges Datum, so auch für die Redaktion des Infoblattes. Wir haben dieses Ereignis zum Anlass genommen, uns im Schwerpunkt dieses Heftes mit der Politik der EU gegenüber den Ländern des Südens zu beschäftigen. Im Blick

hatten wir besonders den Vergleich dieser Politik der EU mit der der USA. Wir teilen die Ansicht von Raul Moreno (siehe Interview), dass es in den Wirtschaftsbeziehungen und bei den europäischen Investitionen in Lateinamerika keinerlei Unterschiede zu den USA gibt. Die These, dass die EU und die USA beim Durchsetzen der Interessen transnationaler Konzerne sich gleichermaßen über die Interessen der Bevölkerungen im Süden hinwegsetzen, wurde auch in unserer Veranstaltung zu Investitionsstreitigkeiten vor internationalen Schiedsgerichten belegt.

Auch der Bericht vom vierten Weltwasserforum in Mexico beschäftigt sich indirekt mit dem Thema, denn die treibenden Kräfte im Bereich der Wasserprivatisierung sind europäische Konzerne.

In Zentralamerika und Mexiko stehen in diesem Jahr wichtige Wahlen an oder haben schon stattgefunden. Mit diesem Thema beschäftigen sich ein Artikel aus El Salvador, in dem versucht wird, hinter die von der herrschenden ARENA-Partei aufgebauete demokratische Fassade von sauberen Wahlen zu blicken, ein Artikel aus Nicaragua, wo die Regionalwahlen an der Atlantikküste von den politischen Parteien nur als Testwahlen für die Nationalwahlen im November missbraucht wurden, und einer über Mexico, wo die EZLN mit „La Otra Campaña“ zeigt, dass es neben Wahlen noch andere Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bevölkerung gibt.

Inhaltsverzeichnis

Schwerpunkt: Gipfeltreffen EU Lateinamerika in Wien

Europa im Blick	3
Interview mit Raul Moreno vom Red Sinti Techan	8
Günstiges Investitionsklima in Chiapas; Die EU – Ein unterschätzter „Global Player“ mit handfesten Interessen	13
Blutiger Fisch gefällig? Gespräch mit einer entlassenen Arbeiterin einer Fischfabrik in El Salvador	

Stellungnahme

der Redaktion zum Artikel „Geschacher in den Parlamenten, CAFTA-DR – ein Zwischenbericht“ im Infoblatt 67	16
---	----

Nicaragua

Wahlen an der Atlantikküste oder die „verrückte Maus“	17
---	----

El Salvador

Die Lizenz, die tötet	20
-----------------------	----

Mexiko

„La otra campaña“ – Die andere Kampagne zur Demokratisierung Mexikos	22
Verlassene Waisen	25
Philosophie des Wassers; Das Vierte Weltwasserforum und Gegenveranstaltungen in Mexiko-Stadt	27

Impressum: Das Info-Blatt wird herausgegeben vom Ökumenischen Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., Pariser Str. 13, 81667 München.

Telefon: 089 - 448 59 45
Telefax: 089 - 48 76 73

E-mail: info@oeku-buero.de
Homepage: www.oeku-buero.de

Konto: 561 76 258, SSK München, BLZ 701 500 00

Flugdienst: 089 - 89 22 49 61 / Fax -62

E-mail: flug@oeku-buero.de

Redaktion und Layout: Angelika Haas (ah), Babs Kwapkowski, Corinna Henschke, Daniel Tapia Montejo (dt), Detlef von Bismarck, Eberhard Albrecht (ea), Eva-Maria Bach, Klaus Pinzek, Matthias Böhne, Miriam Stumpfe (ms), Philip Zöls, Ruth Weizel, Sabine Schratzenstaller (ssch), Zara Pfeiffer (zp)

Fotos: Ökumenisches Büro

Druck: ulenspiegel druck, Andechs

Auflage: 1.000

(Onlineausgabe unter www.oeku-buero.de)

V.i.S.d.P.: Klaus Pinzek (Ökumenisches Büro)

Das Infoblatt des Ökumenischen Büros wird gefördert durch die



Europa im Blick

Gipfeltreffen EU – Lateinamerika in Wien

(ea) Ein paar Gedanken und Fragen dazu, warum die Politik der EU und der USA sehr unterschiedlich wahrgenommen wird. Wie die EU sich bemüht, sich als die humanere Alternative zu präsentieren und damit gerade in Lateinamerika bei manchen Leuten Erfolg hat.

Die folgenden Zeilen erheben nicht den Anspruch einer tiefgründigen politischen Analyse, sie behaupten nicht, die Politik der Europäischen Union gegenüber den Staaten des Trikonts in allen Facetten überzeugend darstellen zu können. Auch wollen und können sie keinen detaillierten Vergleich der Auswirkungen der Politik der USA und der EU auf die Länder des Südens liefern. Sie sind nicht mehr als ein paar Gedanken und Fragen, von denen wir annehmen, dass sie auch für andere interessant sind.

Das IV. Gipfeltreffen zwischen der

Europäischen Union und den lateinamerikanischen Staaten vom 11. bis 13. Mai 2006 in Wien ist für die Solidaritätsgruppen, die zu Lateinamerika arbeiten, ein hervorragender Anlass, sich Gedanken zur Politik der EU gegenüber den Staaten dieser Region zu machen. Das ist ein politischer Aspekt, mit dem sie sich eher selten beschäftigen. Es liegt auf der Hand, dass die Solidaritätsgruppen gute Gründe haben, sich in erster Linie kritisch mit der Politik der USA auseinanderzusetzen. Nicht nur die häufigen Interventionen der USA in dieser Region, wo sie im Laufe der Geschichte immer wieder emanzipatorische Bestrebungen mit der Behauptung, sie verteidigten „vitale Sicherheitsinteressen“, militärisch bekämpft und erstickt, in Wirklichkeit aber nur ihre Ordnungsvorstellungen in ihrem Hinterhof durchgesetzt haben, sondern auch die Konsequenzen der US-amerikanischen Außenwirt-

schaftspolitik zwingen Lateinamerikagruppen dazu, sich regelmäßig mit den USA und den Machenschaften der nordamerikanischen transnationalen Konzerne zu beschäftigen. Die verheerenden ökonomischen Konsequenzen, die die Nordamerikanische Freihandelszone NAFTA für die mexikanischen Bäuerinnen und Bauern hat, liegen klar auf der Hand. Und der US-Zentralamerikanische Freihandelsvertrag CAFTA wird ähnliche Auswirkungen in El Salvador, Nicaragua und Costa Rica haben. Im „Freihandel“ mit der hochsubventionierten und technisierten US-Landwirtschaft werden die zentralamerikanischen Bäuerinnen und Bauern beim Anbau von Mais, Reis und Bohnen auf die Dauer genauso wenig Chancen haben wie die mexikanischen und die Zahl der illegalisierten MigrantInnen wird weiter anwachsen. Die Ursachen der Zerstörung der mexikanischen und zentralamerikanischen Landwirtschaft liegen



Offizielles Foto vom offiziellen Gipfel EU Lateinamerika mit inoffiziellm Vordergrund
Foto: www.eu200.at

klar auf der Hand. Dabei ist es wichtig, das US-amerikanische Profitinteresse zu benennen. Aber wenn die Wirtschaftspolitik der EU in Lateinamerika keinen gleichermaßen unheilvollen Einfluss hat, so heißt das noch lange nicht, dass ihre Politik besser wäre als die der USA.

Bei der Durchsetzung ihrer globalen Wirtschaftsinteressen gibt es zwischen den USA und der EU keine relevanten Unterschiede

Bei den Außenhandelsbeziehungen ist die Politik anderen Ländern gegenüber zwischen den USA und der EU besonders einfach zu vergleichen, da dieser Politikbereich bekanntlich seit

1948 in die Zuständigkeit der EU-Kommission fällt und nicht in die der Mitgliedsstaaten. Die Staatenbund EU agiert hier wie der Bundesstaat USA als politische Einheit. Und genau wie die USA nützt die EU alle Ebenen zur Durchsetzung ihrer Wirtschaftsinteressen, die wie bei den USA die Interessen der transnationalen Konzerne sind. Unter der globalen Ebene sind die internationalen Finanzinstitutionen Internationaler Währungsfonds IWF, Weltbank und die Welthandelsorganisation WTO zu verster-



USA: Kreuze an der Grenzbefestigung in Tijuana erinnern an die toten MigrantInnen

hen. Diese Institutionen werden von den USA und der EU dominiert und die Politik, die diese Institutionen betreiben, entspricht den gemeinsamen Interessen, auf die sich diese beiden Mächte konnten. Wenn man sich das Ergebnis dieses Interessenausgleichs der beiden wirtschaftlichen Großmächte ansieht, erkennt man ohne weiteres, dass in den internationalen Institutionen nicht immer die USA der

Böse, der „schlimmere Kapitalist“ ist, sondern häufig die EU. Es sei hier nur an die Vorreiterrolle der EU innerhalb der WTO bei der Forderung nach weiterer Liberalisierung beim Handel mit Dienstleistungen (GATS) und bei der Diskussion der so genannten Singapur-Themen erinnert. Es war die EU, die am vehementesten auf einen Ausbau des Investitionsschutzes drängte. Und auch bei den Verhandlungen während der WTO-Konferenz im Dezember 2001 in Hongkong zu den Agrar-exportsubventionen war es die EU und nicht die USA, die den Forderungen der Länder des globalen Südens nach Abschaffung der Agrarsubventionen am meisten Widerstand entgegen setzte.

Genau wie die USA nutzt die EU nicht nur die globale Ebene der internationalen Finanz- und Handelsorganisationen, sondern auch intensiv die Möglichkeiten bilateraler und regionaler Freihandelsabkommen. Dass globale und regionale Ebene sich ergänzen und gemeinsam der Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen dienen, belegt ganz deutlich das Zitat des ehemaligen EU-Handelskommissars Pascal Lam: „Wir nutzen bilaterale Freihandelsabkommen, um über WTO-Standards hinauszukommen.

Ein bilaterales Handelsabkommen ist per Definition ein WTO-plus -Abkommen. Ob in Bezug auf Investitionen, geistige Eigentumsrechte, Zollstrukturen oder andere handelspolitische Instrumente in jedem bilateralem Freihandelsabkommen gibt es WTO-plus -Vorkerungen. Investitionen, öffentliche Auftragsvergabe und Wettbewerb sind Themen, die wir in unseren bilateralen Freihandelsabkommen immer auf die Agenda setzen. Die von Pascal Lam genannte Themen, die so genannten Singapur-Themen, decken sich ganz eindeutig mit den Interessen transnationaler Konzerne. Bei Investitionen geht es ihnen vor allem um Investitionsschutz, um einen Schutz, wie er z. B. im NAFTA-Vertrag (USA, Kanada, Mexiko) festgeschrieben ist,

wo Konzernen sogar der zunächst erwartete und in Folge politischer Entscheidungen - wie z. B. Umweltschutzmaßnahmen - entgangene Gewinn ersetzt wird. Das Thema geistige Eigentumsrechte beschäftigt sich vor allem mit der Verschärfung von Patent- und Markenschutz, wovon wiederum vor allem transnationale Konzerne profitieren. Bei dem Thema öffentliche Auftragsvergabe geht es angeblich um die Verbesserung der Wettbewerbssituation, tatsächlich aber um eine weitere Einschränkung politischer Entscheidungsmöglichkeit und die Zurückdrängung des öffentlichen Sektors zu Gunsten der Privatwirtschaft. Wie das Beispiel NAFTA schon gezeigt hat, sind sich die beiden Mächte USA und EU in der politischen Praxis bei der Durchsetzung der wirtschaftlichen Interessen ihrer transnationalen Konzerne sehr ähnlich. Auch die USA nutzen gerne die regionale oder bilaterale Ebene, wenn sie auf globaler Ebene ihr Ziel nicht erreichen. Klare Beispiele findet man dafür in den letzten Jahren in Lateinamerika: als die Durchsetzung der gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA schwieriger wurde, wichen die USA erfolgreich auf untere regionale Ebenen aus. Inzwischen ist ALCA höchst wahrscheinlich gescheitert, aber stattdessen gibt es den Freihandelsvertrag CAFTA, in dem die USA ihre Interessen gegenüber den schwachen zentralamerikanischen Staaten durchgesetzt haben. Auch mit den Ländern des Andenpaktes haben die USA sofort Verhandlungen zu bilateralen Freihandelsverträgen begonnen, als die Verhandlungen bei ALCA ins Stocken gerieten. Mit Kolumbien wurden die Verhandlungen vor kurzem abgeschlossen.

Noch eine Parallele im Bereich der Außenwirtschaftspolitik lässt sich zwischen der EU und den USA feststellen. Beide sind im Augenblick bestrebt, ihre Zoll-Präferenzsteme, soweit sie noch bestehen, durch Freihandelsverträge zu ersetzen. Seit den 1990er Jahren bestand im GATT, dem Vorläufer der WTO, die Möglichkeit, den Entwicklungsländern Präferenzzölle einzuräumen, d. h., Industrieländer erheben bei Entwicklungsländern niedrigere Zölle als umgekehrt diese von ihnen einfordern.

Seit den 1990er Jahren bestand im GATT, dem Vorläufer der WTO, die Möglichkeit, den Entwicklungsländern Präferenzzölle einzuräumen, d. h., Industrieländer erheben bei Entwicklungsländern niedrigere Zölle als umgekehrt diese von ihnen einfordern.



Europa: Schiff mit Flüchtlingen vor den kanarischen Inseln

Präferenzielle Zölle wurden nie in großem Umfang gewährt, sie waren daher nicht von großer praktischer Bedeutung. Aber sie hatten große symbolische Bedeutung, da sie die herrschende Ungerechtigkeit in der Weltwirtschaft offenbar werden ließen. Die EU ist gerade dabei, ihre Wirtschaftsbeziehungen zu Zentralamerika und zu den Staaten des Andenpaktes neu zu gestalten. Bisher folgen die Beziehungen zu diesen beiden Regionen noch dem Allgemeinen Präferenzsystem der EU, aber in Zukunft werden sie wohl durch Freihandelsverträge geregelt werden (siehe Kasten). Auch die USA streben weg von einseitigen Handelspräferenzen. Ihr Drängen auf einen schnellen Abschluss der CAFTA-Verhandlungen resultierte aus dem Wunsch, die Caribbean Basin Initiative (CBI) zu beenden. In diesem Abkommen hatten die USA einzelnen Ländern Zentralamerikas und der Karibik für bestimmte Produkte freien Zugang zum US-Markt gewährt.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen der EU zu den AKP-Staaten von den Lomé-Verträgen (1975 bis 2000) zum Cotonou-Abkommen (2002) zeigt deutlich das Einschwenken der EU auf eine neoliberalere Politik. Während die EU in den Lomé-Verträgen den AKP-Staaten noch einseitig Handelspräferenzen gewährte, sieht das Cotonou-Abkommen die handelspolitische Kooperation durch den Abschluss von Freihandelsabkommen bis 2010 vor. Das Cotonou-Abkommen, das sich selbst als Partner-

schaftsabkommen versteht, hat neue, über die Lomé-Verträge hinausgehende Ziele eingeführt: die Achtung der Menschenrechte und demokratischer Grundsätze und das Prinzip der „good governance“ (z. B. Kampf gegen Korruption)².

Die EU ist bemüht, sich als humanere kapitalistische Alternative zu den USA darzustellen

Diese Ziele, die innerhalb der politischen Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten formuliert wurden, sind typisch für die Politik der EU. Auch die Abkommen mit Mexiko und Chile enthalten eine Menschenrechtsklausel. Zumindest im Falle von Mexiko beklagen aber mexikanische Gruppen wie z. B. RIMALC, dass damit kein praktikables Instrument zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen geschaffen wurde, sondern es sich nur um schön klingende Worte handle. Man kann den Eindruck gewinnen, dass dahinter System steckt, dass diese Rhetorik der EU dazu dient, sich das Image der humaneren Alternative zu den USA zu verschaffen.

Erstaunlicherweise hat die EU gerade in Lateinamerika mit dieser Methode einen gewissen Erfolg. So wurde z. B. in der Diskussion um ALCA die EU von vielen, auch kritischen Kreisen, als die bessere Alternative wahrgenommen. In der Publikation der Alianza Social Continental „Alternativas para las Américas“ wird z. B. die Methode der europäischen

Ausgleichszahlungen hervorgehoben, „wo die reicheren Ländern Entwicklungshilfe nach Spanien, Portugal, Griechenland und Irland geleitet haben mit der Absicht, den Lebensstandard dort an den der anderen Nationen der EU anzunähern.“ Diese recht positive Aussage zur Strukturpolitik der EU kommt zu einem Zeitpunkt, zu dem die gleichen kritischen Gruppen sich bewusst sind, dass die Direktinvestitionen europäischer Konzerne in Lateinamerika riesige Dimensionen angenommen haben. In der Privatisierungswelle der 1990er Jahre und beim Aufkauf privater lokaler Unternehmen stehen europäische Konzerne denen aus den USA in nichts nach. Besonders spanisches und französisches Kapital wird vor allem im Dienstleistungsbereich (Telekommunikation, Energie, Wasserversorgung und Banken) investiert. Alfonso Moro von der mexikanischen Organisation RIMALC schreibt dazu: „Zweifellos nutzt die Europäische Union ihre Entscheidungsinstanzen und das ökonomische Gewicht, das sie hat (weltweit führende Exportmacht), dazu, mit ihrer Politik die Interessen ihrer transnationalen Konzerne auf allen Ebenen zu unterstützen, was konkret bedeutet, dass die EU den Abschluss von Freihandelsverträgen fördert.“⁶ Man könnte diese beiden Urteile als differenziert, als dem unterschiedlichen Sachverhalt angemessen bezeichnen. Aber es bleibt der Verdacht, genährt auch von anderen Beispielen, die hier nicht ausgeführt werden können, dass kritische Gruppen in Lateinamerika gegenüber der EU durchaus kritischer sein sollten.

Auch in der Migrationspolitik der EU kann man keine humane Alternative gegenüber der Politik der USA erkennen

Die Politik in Bezug auf MigrantInnen ist in den USA und in der EU praktisch gleich. Die beiden Wirtschaftsmächte, die sich so intensiv für die Freiheit des Handels mit Waren und Dienstleistungen einsetzen, die die Segnungen der Globalisierung propagieren, behindern die Bewegungsfreiheit des Produktionsfaktors Arbeit mit allen Mitteln. Sie schotten sich gegen MigrantInnen und Flücht-

linge gleichermaßen ab. Wenn die US-Maßnahmen am Rio Bravo manchmal martialischer wirken als die Aktionen der EU im Mittelmeer, so hat das kaum etwas mit Politik zu tun, sondern vor allem mit der Geografie. In jedem Fall werden MigrantInnen, die nicht zuletzt Opfer der von den USA und der EU vorange-



Das neue Europa?

triebenen Globalisierung sind, in die Illegalität getrieben und höchst prekären Lebensverhältnissen ausgesetzt. Wenn es bei den augenblicklichen Auseinandersetzungen in den USA um die Verschärfung der Abschottung Stimmen aus Wirtschaftskreisen gibt, die darauf hinweisen, dass die MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden, so zeigt sich darin eine Ehrlichkeit, die in Europa fehlt.

Was sind die Ursachen dafür, dass die USA viel stärker in der Kritik stehen als die EU?

An der Art und Weise, wie die beiden Mächte ihre wirtschaftlichen Interessen durchsetzen, kann es nicht liegen, dass die USA gerade bei Gruppen, die zu Lateinamerika arbeiten, häufig viel stärker in der Kritik stehen als die EU. Auf diesem Gebiet sind die beiden Mächte nicht zu unterscheiden. Es könnte daher an der Machtpolitik liegen, d. h. an der Art und Weise, wie die beiden Mächte ihre Militärmacht einsetzen. In dem Punkt werden USA und EU erstaunlich unterschiedlich beurteilt. Einen bemerkenswerten Unterschied gibt es tatsächlich, die Höhe der Rüstungsausgaben. In dem Bericht der Europäischen Kommission „Europäische Verteidigung Industrie- und Markt-

aspekte“ aus dem Jahr 200 wird dazu festgestellt: „Die Verteidigungsausgaben der Mitgliedstaaten der EU zusammengenommen machen nicht einmal die Hälfte dessen aus, was die Vereinigten Staaten für die Verteidigung aufwenden. Der Verteidigungshaushalt der USA beläuft sich auf insgesamt 0 Milliarden USD jährlich dem steht ein kumulierter Verteidigungshaushalt der EU-Mitgliedstaaten von zusammen 60 Milliarden EUR gegenüber.“

Der US-amerikanische Politologe und Journalist Robert Kagan geht in seiner Veröffentlichung zur Außenpolitik der USA und der EU „Power and weakness“ so weit zu behaupten, „Americans are from Mars and Europeans are from Venus“. Wie er die „Mars-Position“ der USA sieht, wird am deutlichsten in seinen Erläuterungen zur Nationalen Sicherheitsstrategie der USA, wie sie von der Regierung Bush als Reaktion auf den . September veröffentlicht wurde: „Die Erklärung, die USA wollten die überragende Militärmacht der Welt und so stark bleiben, dass jedes andere Land davon abgeschreckt wird, die amerikanische berlegenheit in Frage zu stellen, war lediglich die öffentliche Verlautbarung einer bislang unausgesprochenen Prämisse der strategischen Planung der USA ... Die Amerikaner möchten eine freiheitliche Weltordnung verteidigen und befördern. Aber die einzige stabile und erfolgreiche Weltordnung, die sich die Amerikaner vorstellen können, ist eine, in deren Zentrum die USA stehen. Und die Amerikaner können sich auch keine Weltordnung vorstellen, die nicht mit militärischer Macht verteidigt wird, insbesondere amerikanischer Macht.“

Die „Venus-Position“, die er ironisch „das postmoderne Paradies“ nennt, charakterisiert er folgendermaßen: „Die Europäer unserer Zeit streben nicht nach Macht und schon gar nicht nach militärischer Macht. ... Die strategische Kultur Europas zeichnet die Betonung von Verhandlungslösungen ebenso aus wie Diplomatie und Handelsbeziehungen, der Vorrang des Völkerrechts vor Gewaltanwendung, das berzeugen vor Zwang und Multilateralismus vor Unilateralismus.“

Ein ähnlich euphorisches Bild von Europa zeichnete Jerem Rifkin in einem Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom . August 200 „Europa, du hast es besser. Der Amerikanische Traum inspiriert nicht mehr, doch es gibt einen neuen: die EU.“ Darin heißt es: „Während der amerikanische Geist in der Vergangenheit schwelgt, reift ein anderer faszinierender Traum heran, beflügelt durch den Aufstieg einer anderen Supermacht von globaler Bedeutung: der Europäischen Union. ... Genau wie die USA hat es seinen Legitimationsm thos. Obwohl er noch in den Kinderschuhen steckt, ist der Europäische Traum die erste transnationale Vision eine, die als Basis für die nächsten Schritte in der menschlichen Entwicklung geeigneter erscheint als die amerikanische.“

Ganz erstaunliche Bilder von Europa sind das, von einem eher verschwommenen Europa, denn die Verteidigungspolitik ist ja Sache der Mitgliedsstaaten. Es soll hier nicht auf die Fragwürdigkeit der Bilder eingegangen werden, nicht darauf, dass einige Mitglieder der EU sehr wohl am Irakkrieg beteiligt sind, nicht auf das militärische Eingreifen der EU im Kosovo und auch nicht auf die Widersprüchlichkeit des Bildes, das den „Aufstieg einer anderen Supermacht“ beschwört und sich dabei nicht mit deren Methoden der Machtausübung beschäftigt, es soll nur die Frage aufgeworfen werden: Warum entstehen solche Bilder und warum werden sie von einigen akzeptiert

In dem Artikel von Jerem Rifkin findet sich der Ausdruck „der Europäische Traum“. Möglicherweise ist das die Erklärung für das geschönte Bild, das er von der EU entwirft. Es geht ihm nicht so sehr darum, die europäische Wirklichkeit abzubilden, sondern darum, wenn der Weltmacht USA schon kein realer Widerpart entgegengesetzt werden kann, ihr wenigstens mit einem Traum Paroli bieten zu können. Dies könnte auch die Erklärung für die Akzeptanz dieses Bildes bei Gruppen in Lateinamerika sein, die sich mit der Hegemonialpolitik der USA konfrontiert sehen und natürlich nach Alternativen suchen. In Europa selbst wird von manchen sicherlich das kritische Bild, das von den USA gezeichnet wird, wohlwollend

zur Kenntnis genommen. Sie werden damit ihren Antiamerikanismus nähren, der sie davon entlastet, sich kritisch mit der Politik der Europäischen Union auseinander zu setzen.

Konsequenzen

Aus diesen Überlegungen ergeben sich auch die Folgerungen, nämlich die Forderung an uns selbst, sich als Lateinamerikagruppen viel stärker mit Europa zu beschäftigen. Nachdem bei der Konferenz in Wien der Beginn für die Verhandlungen zu einem Freihandelsvertrag zwischen der Europäischen Union und den zentralamerikanischen Staaten beschlossen wurde, dürfen wir uns nicht damit zufriedengeben, dass die Konsequenzen für Zentralamerika wegen des relativ geringen Handelsvolumens und wegen der geringen Konsequenzen für die Landwirtschaft wesentlich undramatischer sein werden als die des CAFTA-Vertrages. Wir müssen den neoliberalen Grundgehalt, der sich darin, genauso wie im CAFTA-Vertrag, zeigen wird, deutlich machen und anprangern.

Pascal Lam in der Jakarta Post, 1. September 2006, zitiert nach „Freie Fahrt für freien Handel“, <http://www.eed.de/fix/files/doc/eedweedFreieFahrt0deu.pdf>
 2 http://www.bpb.de/publikationen/TMLGO6_0,AktuelleAspekteDerEUEntwicklungspolitik.html
 afrikanische, karibische und pazifische Staaten (vorwiegend ehemalige Kolonien) <http://www.rmalc.org.mx/tratados/ue/documentos/mexico.pdf> und H. PERLINK „<http://www.rmalc.org.mx/tratados/ue/clausula.php>“ <http://www.rmalc.org.mx/tratados/ue/clausula.php>
 Alianza Social Continental <http://www.laneta.apc.org/asc/pdf/alteresp2.pdf>
 6 RMALC: <http://www.laneta.apc.org/rmalc/eventos/alcue/documentos/intereses.pdf>
<http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/cnc/200/com2000de0.pdf>
<http://www.policereview.org/JUN02/taganprint.html>
 Die folgenden Zitate sind dem Buch „Macht und Ohnmacht“, 2006, von Jerrem Rifkin Siedler-Verlag entnommen.

IV Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union EU, der Staaten Lateinamerikas und der Karibik in Wien

(*ea*) Vom 1. bis 3. Mai 2006 wird in Wien das IV. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU), der Staaten Lateinamerikas und der Karibik in Wien stattfinden. Die offiziellen Verlautbarungen dazu sind sehr allgemein und damit eher nichts sagend. Der Themenkatalog lässt kein Thema aus, von Demokratie über Menschenrechte, Frieden, Drogen, Kampf gegen die Armut bis zu Terrorismus enthält er alles, was man sich nur vorstellen kann. In diesem Artikel wird daher versucht, einen kurzen Überblick über das zu vermitteln, um das es wirklich



Mars (USA) und Venus (Europa)

gehen wird um die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Regionen.

Diese Beziehungen basieren auf einer Reihe von Freihandelsverträgen, die entweder in Kraft sind

EU Mexiko

EU Chile,

in Verhandlung sind

EU Mercosur

EU Karibik

oder deren Verhandlungsbeginn auf dem Gipfel in Wien beschlossen bzw. eingeleitet wurde

EU Zentralamerika

EU Andenpakt.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zu diesen beiden Regionen werden im Augenblick noch gemäß dem Allgemeinen Präferenzsystem der EU geregelt.

Abkommen zwischen der EU und Mexiko

Dieses Abkommen ist das erste Freihandelsabkommen, das die EU mit einem lateinamerikanischen Land abgeschlossen hat². Es sieht die Schaffung einer Freihandelszone innerhalb von zehn Jahren vor und zielt neben der Öffnung der Güter- und Warenmärkte auf weiterreichende Liberalisierungen bei Dienstleistungen, dem öffentlichen Auftragswesen, Wettbewerb, geistigen Eigentumsrechten (hierbei geht es hauptsächlich um Patent- und Markenschutz) und Investitionen ab.

Unter großem Engagement von Menschenrechtsorganisationen beider Regionen gelang es, in das Globalabkommen, das dem Freihandelsvertrag übergeordnet ist, eine Demokratie- und Menschenrechtsklausel einzubinden. Der Vertragsartikel ist aber nur ein Lippenbekenntnis geblieben, denn weder die EU noch die mexikanische Regierung haben sich bemüht, daraus ein praktikables Instrument zur Bekämpfung der Menschenrechtsverletzungen zu machen, die weiterhin in Mexiko an der Tagesordnung sind.

Abkommen zwischen der EU und Chile

Das Abkommen mit Chile ist der weitreichendste bilaterale Freihandelsvertrag, den die EU bisher abgeschlossen hat, da es weit über den WTO-Rahmen hinausgeht. Der EU ist es gelungen, auch Regelungen im Bereich der so genannten Singapur-Themen (Handel mit Dienstleistungen, Schutz des geistigen Eigentums, Streitbeilegung) einzubeziehen, Be-

reiche, gegen deren Behandlung in der WTO sich die Entwicklungsländer bisher sträuben. Das Abkommen trat am 1. März 2001 in Kraft und umfasst neben den geschilderten Regelungen den progressiven und gegenseitigen Abbau von Handelsschranken im Handel mit Waren und Dienstleistungen. Auch das Abkommen mit Chile enthält wortgleich die Menschenrechtsklausel, wie sie im Abkommen mit Mexiko vereinbart wurde.

Verhandlungen EU – Mercosur

Der Mercosur nimmt eine herausragende Stellung im Vergleich mit den anderen lateinamerikanischen Staatengruppen ein. Er ist mit Abstand der wichtigste Handelspartner der EU in diesem Kreis. Der Mercosur hat nicht nur das größte wirtschaftliche Potential, auch der Handelsanteil der EU ist dort mit 2 Prozent höher als in den anderen lateinamerikanischen Ländern. Im Jahr 2000 begannen die Gespräche zwischen der EU und den Staaten des Mercosur über eine Liberalisierung der gegenseitigen Handelsbeziehungen. Ziel war und ist ein umfassendes Freihandelsabkommen. Geplant war die Unterzeichnung eines Vertragwerks im Oktober 2001, das zum Jahresanfang 2002 in Kraft treten sollte.

Auf der Verhandlungsagenda des Freihandelsabkommens zwischen EU und Mercosur stehen neben der Landwirtschaft die Bereiche Investitionen, öffentliches Beschaffungswesen, Marktzugang für Industriegüter sowie Dienstleistungen im Finanzsektor, der Telekommunikation und dem maritimen Handel, natürliche Ressourcen und die Biodiversität der Länder des Mercosur.

Die Gespräche um das Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur scheiterten im Herbst 2001. Die europäischen Länder weigerten sich, Zugeständnisse im Bereich der Landwirtschaft zu machen, während die Mercosur-Länder es ablehnten, weitere Marktliberalisierungen im Bereich von Industrie und Dienstleistungen vorzunehmen. In den Bereichen öffentliche Beschaffung, Dienstleistungen und Investitions-

regeln verhält sich die EU offensiv und fordert z. B. gleichen Zugang zu den öffentlichen Aufträgen der Mercosur-Regierungen in den Bereichen Wasser, Transport und Energie. Die EU bot zwar einen verbesserten Marktzugang im Agrarbereich an, wollte aber einen Teil davon nur im Rahmen der WTO-Agrarverhandlungen gewähren.

Auf dem Gipfeltreffen in Wien gab es keinerlei Entscheidungen zur Weiterführung der Verhandlungen zwischen der EU mit dem Mercosur. Sie stagnieren also weiter.

Wirtschaftsbeziehungen EU – Karibik

Die EU ist mit den karibischen Staaten primär durch das so genannte AKP⁶-Vertragwerk Lom IV und sein Nachfolgeabkommen Cotonou verbunden.

Wie bei dem Allgemeinen Präferenzsystem räumt die EU hierbei den Handelspartnern einseitig Vergünstigungen ein, um deren Entwicklung zu fördern. Hiermit wird in Bälde Schluss sein. Seit Oktober 2001 laufen Verhandlungen mit den AKP Staaten mit dem Ziel, bis Ende 2002 mit ihnen so genannte „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“ abzuschließen. Dies ist nur ein anderer Name für den Begriff Freihandelsvertrag. Die EU fordert in den Verhandlungen, 10 Prozent des gemeinsamen Handels innerhalb einer Zeitspanne von 10 bis 15 Jahren zu liberalisieren.

Allgemeines Präferenzsystem der EU

Nach Abschluss der 2. Welthandelskonferenz in Delhi wurde das Allgemeine Präferenzsystem eingeführt, um Wirtschaftswachstum und Industrialisierung in den Entwicklungsländern zu fördern. Es räumt den Entwicklungsländern Zollaussnahmen oder -ermäßigungen auf ausgewählte Produkte ein. Seit einigen Jahren werden diese Vergünstigungen an Umwelt- oder Sozialkriterien geknüpft, d. h., die Länder, die in den Genuss der Vergünstigungen kommen wollen, müssen bestimmte UN-Menschenrechts-, ILO- und UN-Umweltonventionen unterschrieben haben.

Für Länder Zentralamerikas und des Andenpakt ist im Augenblick die Form des GSP (Generalised System of Preferences) seit 2001 bis 2002 gültig. Das System will ärmere Länder bei ihren Bemühungen um „nachhaltige Entwicklung und good governance unterstützen“.

Wirtschaftsbeziehungen EU – Zentralamerika

Im Augenblick erhalten die Länder Zentralamerikas⁰ die Vergünstigungen des GSP -Systems. Seit Anfang des Jahres 2001 laufen Vorbereitungen für die Aufnahme von Verhandlungen zu einem Freihandelsvertrag zwischen den beiden Regionen. Auf dem Gipfeltreffen in Wien wurde beschlossen die Verhandlungen über die Schaffung einer Freihandelszone aufzunehmen.

Wirtschaftsbeziehungen EU – Andenpakt

Die Situation der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und den Staaten des Andenpakt² ist fast identisch mit dem, was zu Zentralamerika gesagt wurde. Im Augenblick gelten auch dafür die Vergünstigungen des GSP -Systems. Hier laufen ebenfalls die Vorbereitungen für einen Freihandelsvertrag. Die offizielle Aufnahme der Verhandlungen wurde auf dem Gipfeltreffen in Wien noch nicht konkret beschlossen wegen des unklaren Status den Venezuela im Augenblick einnimmt. Die EU verlangt vor Verhandlungsbeginn zu wissen, ob Venezuela weg vom Andenpakt hin zum Mercosur strebt oder nicht.

Informationen der gastgebenden österreichischen Regierung unter [http://www.eu2006.at/de/Meetings_Calendar/Dates/Ma /](http://www.eu2006.at/de/Meetings_Calendar/Dates/Ma / 0 EU_LAK.html)

0 EU_LAK.html
Informationen der Europäischen Kommission unter <http://europa.eu.int/comm/world/lac-vienna/>

2 Seit dem Jahr 2000 sind das Freihandelsabkommen (1. Juli) und das Globalabkommen (1. Oktober) in Kraft.

http://europa.eu.int/comm/external_relations/chile/intro/index.htm

Am 26. März 2001 wurde der Gemeinsame

Markt des Südens Mercado Comun del Cono Sur, Mercosur, gegründet. Mitgliedsländer sind Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay. Chile und Bolivien sind assoziierte Mitglieder. Am 1. Dezember 2001 ist auch Venezuela dem Mercosur beigetreten, bisher aber noch nicht als stimmberechtigtes Mitglied.

Aus dem Abschlussdokument Wien 2. Mai 2006 <http://www.eu2006.at/includes/images/EULAC/EU-LACViennaDeclarationDE.pdf>: „Die betroffenen Parteien begrüßen die Ergebnisse der Ministertagung von September 2001 und weisen ihre Verhandlungsführer an, sich noch intensiver darum zu bemühen, die Verhandlungen voranzubringen.

6 Afrikanische, karibische und pazifische Staaten (vorwiegend ehemalige Kolonien). Die 6 Staaten der Karibik sind auf dem mittelamerikanischen Festland Belize, in Südamerika Guyana und Surinam und die Inselstaaten Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Kuba, Dominica, Dominikanische Republik, Grenada, Haiti, Jamaika, Saint Kitts und Nevis, Saint Lucia, Saint Vincent und die Grenadinen und Trinidad und Tobago.

Informationen zum Lomé- und Cotonou-Abkommen siehe z. B. <http://de.wikipedia.org/wiki/Cotonou-Abkommen> http://www.bpb.de/publikationen/MLGO6_2_0_Aktuelle_Aspekte_der_EU-Entwicklungspolitik.html

Es sei hier nur kurz auf die besondere Rolle Kubas hingewiesen, das zwar Mitglied der AKP-Staaten ist, aber das Cotonou Abkommen nicht mit unterschrieben hat.

<http://europa.eu.int/comm/trade/issues/global/gsp/pr2000/en.htm>

0 Außer den üblicherweise Zentralamerika zugeordneten Staaten Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua gehört auch Panama zu dieser Gruppe

Aus dem Abschlussdokument Wien 2. Mai 2006 <http://www.eu2006.at/includes/images/EULAC/EU-LACViennaDeclarationDE.pdf>: „Unter Hinweis auf das gemeinsame strategische Ziel der Erklärung von Guadalajara und angesichts der positiven Ergebnisse der mit Zentralamerika durchgeführten gemeinsamen Bewertung der regionalen Wirtschaftsintegration begrüßen wir den Beschluss der Europäischen Union und Zentralamerikas, Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen und die Schaffung einer Freihandelszone aufzunehmen.“

2 Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru und Venezuela

Bolivien, Aus dem Abschlussdokument Wien 2. Mai 2006 <http://www.eu2006.at/includes/images/EULAC/EU-LACViennaDeclarationDE.pdf>

„Eingedenk des in der Erklärung von Guadalajara vereinbarten gemeinsamen strategischen Ziels begrüßen wir den Beschluss der Europäischen Union und der Andengemeinschaft, im Jahr 2006 einen Prozess einzuleiten, der zur Aushandlung eines Assoziationsabkommens führen soll, das einen politischen Dialog, Kooperationsprogramme und ein Handelsabkommen umfasst.

Interview mit Raul Moreno vom Red Sinti Techan

geführt am 1. Mai 2005

(ms) Warum ruft Ihr nach Wien auf?

Wir glauben, dass bestimmt einige Leute in Zentralamerika diesem Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Zentralamerika, über das ab Mai verhandelt werden soll, positiv entgegen sehen, da sich dieser Vertrag nicht bloß als ein einfacher Freihandelsvertrag darstellt, sondern auch Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit umfasst.

Aber im Zentrum steht der Freihandelsvertrag und wir glauben, dass dieser für die Menschen in Zentralamerika negative Auswirkungen haben wird. Das sehen wir aus unterschiedlichen Gründen so:

Erstens kennen wir ein Vorläufer-Abkommen, das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Mexiko. Und von den drei Komponenten, die dieser Vertrag umfasst, ist für uns jene die wichtigste, die den gesamten Vertrag auch legitimiert, nämlich der Freihandelsvertrag.

Und auf der Basis anderer Freihandelsverträge, die die zentralamerikanischen Länder schon unterschrieben haben, konnten wir merken, welche negativen Auswirkungen Freihandelsverträge für Menschen mit niedrigem Einkommen haben. Deswegen glauben wir nicht, dass dieses Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Zentralamerika für die Mehrheit der Bevölkerung in der Region irgendwelche Vorteile haben kann.

Wir glauben, dass das Assoziierungsabkommen in erster Linie den transnationalen Konzernen aus Europa garantieren soll, sich in Zentralamerika niederzulassen bzw. ihnen in Zentralamerika solche Bedingungen zu schaffen, wie sie für ausländische Investitionen aus den USA schon

durch CAFTA geschaffen wurden.

Aufgrund dieser Situation halten wir es für unbedingt notwendig, einen Alternativ-Gipfel zu organisieren, in dem die sozialen Bewegungen aus Zentralamerika und Europa gemeinsam Strategien des Widerstands ausarbeiten, um diesen Vertrag zu verhindern.

Und welche Bedeutung hat dieser Widerstand in Eurer Arbeit?

Für uns ist es fundamental wichtig, unsere Stimme genau in jener Stadt zu erheben, in der diese Regierungsverhandlungen geführt werden.

Und das vor allem aus einem Grund: die Regierungen

der zentralamerikanischen Länder sind ihrem Wesen nach antidemokratisch. Und so wie bisher die Verhandlungen der schon abgeschlossenen Freihandelsverträge liefen, gab es in keinem Fall die Möglichkeit der Partizipation oder der Anhörung der Betroffenen, und zudem fand alles hinter verschlossenen Türen statt.

Deswegen glauben wir, dass es sehr sehr wichtig ist, in der Stadt der Verhandlungen unsere Stimme hörbar zu machen und klar zu machen, dass wir nicht einverstanden sind. Das tun wir auch hier in Zentralamerika, aber auch die Regierenden der EU sollen mitkriegen, dass wir nicht hinter solch einem Assoziierungsabkommen stehen.

Wie wird die EU in Zentralamerika wahrgenommen? Wird sie anders wahrgenommen zum Beispiel als die USA?

Ja, natürlich, und das macht die Sache sehr kompliziert. Denn die Regierung der USA hat ein unglaublich schlechtes Image, nicht nur bei uns, sondern auf der ganzen Welt. Man nimmt sie als Imperium wahr, als eine Regierung, die eine hegemoniale Macht ausübt, politisch wie militärisch. Auch historisch kennen wir die USA hier als eine Macht, die mit Hil-



Raúl Moreno vom Red Sinti Techan



In Wien haben die Europäische Union und Zentralamerika beschlossen, Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen und die Schaffung einer Freihandelszone aufzunehmen.

Foto: www.eu2006.at

fe der internationalen Finanzorganisationen bei uns volksfeindliche Maßnahmen durchsetzt. Das bringt mit sich, dass die Leute der Regierung der USA von vorne herein misstrauen.

Was aber die EU angeht, so haben die Leute hier die Vorstellung, dass es demokratische Gesellschaften sind, Gesellschaften, in denen es einen gut organisierten Wohlfahrtsstaat gibt und in denen die Bürgerrechte respektiert werden. Und deswegen entsteht bei vielen Leuten der Eindruck, dass solch ein Assoziierungsabkommen, wenn es von der EU initiiert wird, auch für uns nur vorteilhaft sein kann.

Das macht es für uns schwer, Widerstand zu organisieren. Denn als erstes müssen wir das Bild der EU entmystifizieren. Wir müssen zeigen, dass, auch wenn die europäischen Regierungen anders sind als die US-amerikanischen, es trotzdem nicht die Interessen der breiten Bevölkerung sind, die in der Politik der EU vertreten werden, sondern die Interessen des europäischen transnationalen Kapitals. Und das europäische Kapital ist genauso gefräßig wie das US-amerikanische. Daraus folgt, dass die Logik der Nachhaltigkeit weder in einem Freihandelsvertrag mit den USA noch in einem Freihandelsvertrag mit Europa eine Rolle spielt.

Wenn man die Wirtschaftsbeziehungen zur EU und die europäischen Investitionen beobachtet, dann sieht man, dass die bisherige EU-Politik genau auf der Linie der USA liegt. Denn die Kredite, die die EU den zentralamerikanischen Ländern bisher

gewährt hat, waren immer an die Bedingung gekoppelt, dass die Länder hier ihren Markt öffnen und deregulieren, vor allem den Markt für Dienstleistungen und Investitionen. Letztendlich stehen dahinter dieselben Interessen wie bei der US-Regierung: optimale Bedingungen zu schaffen, um den Prozess der internationalen Akkumulation des Kapitals zu unterstützen.

Das heißt, es gibt keinen Unterschied zwischen CAFTA und einem Assoziierungsabkommen mit der EU ...

Aus unserer Perspektive gibt es keinen Unterschied und das aus mehreren Gründen: Erstens muss man sich einfach bewusst machen, welche Position die EU in der Welthandelsorganisation (WTO) vertritt. Ihr Ziel dort ist nämlich, ein multilaterales Investitionsabkommen abzuschließen, wie es in Singapur geplant und in der Agenda von Doha beschrieben ist. Und dessen Inhalt entspricht genau dem Kapitel 0 des CAFTA-Vertrages, in dem das Thema Investitionen geregelt ist. Das heißt, was die EU will, ist im Prinzip das Kapitel 0 des CAFTA-Vertrages in multilateralen Verträgen in Kraft setzen. Das zweite Argument, warum wir keinen Unterschied zu CAFTA sehen, ist: Wir wissen, welche Auflagen die EU den Ländern Zentralamerikas im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen macht. Und diese sind genau dieselben, wie sie im CAFTA-Vertrag im Kapitel über öffentliche Dienstleistungen stehen.

Und dann gibt es noch einen

Punkt, die Frage des geistigen Eigentums: Das TRIPS-Abkommen ist sehr knapp gehalten im Vergleich zum CAFTA-Vertrag. Der geht nämlich so weit, dass er die Regierungen Zentralamerikas dazu zwingt, Verträge über Regelungen des geistigen Eigentums zu unterschreiben, die nicht einmal innerhalb der WTO Konsens fanden. Es ist doch klar, dass die großen chemisch-pharmazeutischen Unternehmen in Europa sehr daran interessiert sind, Zugang zu den genetischen Ressourcen und zu den Pflanzen und Mikroorganismen Zentralamerikas zu bekommen, um sie patentieren zu lassen. Möglichkeiten, die den pharmazeutisch-chemischen Unternehmen der USA bereits eingeräumt wurden. Es ist also klar, dass bei der Frage des geistigen Eigentums in diesem Abkommen für die EU einer der zentralen Punkte der Vertrag des UPOV Internationaler Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen von ist, der erlaubt, Pflanzen zu patentieren, und der Vertrag von Budapest, der die Patentierung von Mikroorganismen erlaubt.

Und außerdem liegt auf der Hand, dass die europäischen transnationalen Telekommunikationsunternehmen, die zum Beispiel im salvadorianischen Markt vertreten sind (Telefonica aus Spanien, France Telecom, damals noch aus Frankreich), sich während der Verhandlungen zu CAFTA zusammengeschlossen haben, um Druck auf die salvadorianische Regierung auszuüben, damit sie sie gegenüber den US-amerikanischen Unternehmen schützt, die von dem entsprechenden Kapitel in CAFTA profitieren könnten. Es ist also zu erwarten, dass die europäischen Unternehmen darauf drängen, im entsprechenden Kapitel des Assoziierungsabkommens ihre Interessen zu vertreten, nicht nur im Bereich Telekommunikation, sondern auch zum Beispiel in der Wasserversorgung, wo vor allem italienische und spanische Unternehmen engagiert sind.

Das sind einige der Aspekte, die uns an der Einschätzung festhalten lassen, dass sich das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Zentralamerika von CAFTA kaum unterscheiden wird.

Das Handelsvolumen zwischen

Zentralamerika und der EU ist allerdings längst nicht so groß wie zwischen Zentralamerika und den USA. Welche Auswirkungen wird das Assoziierungsabkommen denn in der wirtschaftlichen und sozialen Realität konkret haben?

Das stimmt, die Handelsflüsse zwischen der EU und Zentralamerika sind nicht erheblich, mit Ausnahme von Costa Rica vielleicht. Aber dieses Abkommen kann durchaus Auswirkungen auf unsere wirtschaftliche und soziale Realität haben. Aus einem einfachen Grund: Bei Freihandelsverträgen geht es nicht nur um Handel, Freihandelsverträge sind immer auch politische Instrumente, die auf weit mehr Dinge einen Einfluss haben als auf den Import und Export von Waren. In so einem Vertrag geht es nicht um den Kaffee, den El Salvador nach Deutschland verkauft, sondern es geht um Investitionen, um öffentliche Dienstleistungen, geistiges Eigentum, öffentliches Vergabewesen, Telekommunikation, Energiewirtschaft das sind die Punkte, deretwegen so ein Abkommen zwischen der EU und Zentralamerika geschlossen wird.

Das Interesse von Vivendi aus Frankreich oder von Telefonica aus Spanien ist, sich mit ihren Investitionen in Zentralamerika zu etablieren und die öffentlichen Dienstleistungen zu kontrollieren, die im Prozess der Privatisierung verkauft werden.

Und gibt es bei Euch eine öffentliche Diskussion über die Verhandlungen zwischen der EU und Zentralamerika?

Also, man muss ehrlich sagen, dass Themen wie Handel und Investitionen in der salvadorianischen Zivilgesellschaft sehr wenig thematisiert werden. Diese Themen wurden bisher immer nur innerhalb von Regierungskreisen oder unter Akademikern diskutiert. Erst seitdem ein Freihandelsabkommen nach dem anderen abgeschlossen wird angefangen beim Vertrag mit der Dominikanischen Republik über den zwischen Guatemala, Honduras, El Salvador bis hin zu CAFTA hat sich diese Spezialisten-Diskussion etwas geöffnet und ist landesweit Thema geworden. Doch immer noch ist es schwierig, und von Seiten der Regierung gibt es wenige Informationen. Sie hat entschieden,

die Inhalte der Verträge und die Listen schützenswerter Dienstleistungen, Investitionen und Produkte, die jedes Land aufstellt, geheim zu halten. Und so ist es auch nicht gelungen, diese Diskussion auf eine breite Basis zu stellen. Was das Assoziierungsabkommen mit der EU betrifft, da weiß kaum jemand, dass jetzt die Verhandlungen beginnen, da ist im Grunde gar nichts bekannt.

Tatsächlich geht es bei unserer Arbeit um so etwas wie „politische Alphabethisierung“. Wir glauben, dass es sehr wichtig ist, diese Informationen zu verbreiten und dafür zu sorgen, dass die Leute den Inhalt dieser Verträge kennen. Und das machen wir in Workshops, Gesprächsrunden und Seminaren. Doch was das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Zentralamerika angeht, haben wir mit dieser Arbeit noch nicht angefangen.

Das heißt, Mobilisierung zu diesem Thema ist noch am Anfang...

Klar, denn der erste Schritt, um aktiv zu werden, ist, über das Bescheid zu wissen, was vor sich geht. Das heißt, das erste, was wir tun müssen, ist, dieses Thema landesweit in die öffentliche Diskussion zu bringen. Man muss den Inhalt des Abkommens aufschlüsseln und von da ausgehend bilden sich die Leute ihre Meinung und können aktiv werden. Am nächsten Montag zum Beispiel (. Mai) gibt das Red Sinti Techan eine Pressekonferenz, mit der wir unsere Kampagne gegen das Assoziierungsabkommen beginnen. Wir machen öffentlich bekannt, dass in Wien jetzt die Verhandlungen dazu beginnen und gehen mit unserer Position dazu an die Öffentlichkeit.

Und was sind Eure Forderungen?

Wir sagen zuallererst einmal: Eine andere Welt ist möglich. Und das heißt: auch wenn wir anerkennen, dass Handel und Investitionen wichtig sein können für das Wachstum der Länder, betonen wir doch, dass es nicht das wichtigste ist. Wir glauben, dass soziale Rechte, Arbeits- und Umweltrechte und das Konzept der Nachhaltigkeit Vorrang haben vor der Logik der Gewinnmaximierung. Sowohl auf der Ebene der Alianza Social Continental als auch im Blo e Popular Centroamericano oder im Red Sinti

Techan sind wir der Meinung, dass wir Kooperationsabkommen zwischen den Ländern schaffen müssen, mit denen wir eine andere Art von Integration betreiben, eine Integration, die nicht auf der Logik von Handel und Investitionen beruht, sondern auf einer Logik, der die Bedürfnisse der Bevölkerungen zu Grunde liegen. Diese Integration muss auf vier Prinzipien beruhen:

Erstens: Wir sind nicht einverstanden mit Freihandelsverträgen, die die aktive Beteiligung der Bevölkerung im Verhandlungsprozess nicht garantieren. Wir lehnen Verträge ab, die einzig und allein zwischen Regierungen geschlossen werden und dabei die Interessen der Bevölkerung missachten. Das ist das erste, die Partizipation und die Einbindung der Bevölkerung.

Bei den CAFTA-Verhandlungen haben wir gesehen, wie ein Mechanismus geschaffen wurde, der den Eindruck von Partizipation erwecken sollte: das „Nebenzimmer“ (el cuarto adjunto). In einem Raum neben dem Saal, in dem die eigentlichen Verhandlungen stattfanden, wurden die Leute mit ausgewählten Informationen abgespeist. Aber so eine Art von Partizipation lehnen wir ab. Die Zivilgesellschaft soll nicht nur als Beobachter mit dabei sein, vielmehr müssen ihre Vertreter die Interessen der Bevölkerung wirklich in die Diskussion einbringen können. Verhandlungen, bei denen dieses Prinzip nicht gilt, sind inakzeptabel.

Das zweite Prinzip ist die Reduzierung der Bresche der Ungleichheit. Ein Abkommen, das keine Mechanismen enthält, um die existierenden Ungleichheiten aufzuheben, ist nicht akzeptabel, Ungleichheiten zwischen Kindern und Erwachsenen oder zwischen Männern und Frauen, soziale und geografische Ungleichheiten genauso wie ethnische und wirtschaftliche. Wir werden nie einem Vertrag zustimmen, der zu einer weiteren Konzentration des Reichtums führt, so wie es immer bei den Strukturanpassungsmaßnahmen der Fall war.

Das dritte Prinzip hat mit Nachhaltigkeit zu tun. Wir können keinem Abkommen zustimmen, das der Logik der Gewinnmaximierung ein größeres Gewicht einräumt als dem Schutz der

Umwelt und der natürlichen Ressourcen.

Und das vierte Prinzip beruht auf unserem Recht, selbst zu definieren, wie unsere Zukunft aussehen soll, dem Recht auf Souveränität. Wir können nicht zulassen, dass durch einen Vertrag festgelegt wird, wie sich unsere zukünftige Regierungspolitik ausrichten soll. Jedes Land muss das unabhängig selbst entscheiden können. Dazu gehört auch das Recht, sich zu irren, doch es sind wir selbst, die entscheiden müssen. Weder sollen die USA uns Vorgaben machen noch die Europäische Union.

Das Ökumenische Büro arbeitet schon seit mehreren Jahren zum Thema Freihandel. Wie könnte für Euch eine gute Zusammenarbeit aussehen?

Ich glaube, das ist einer der zentralen Punkte bei diesen ganzen Sozialforen und Alternativ-Gipfeln: Anknüpfungspunkte zu finden, wo wir ge-

meinsam weiterarbeiten können. Für mich gibt es da mehrere Aspekte.

Erstens geht es um die Verbreitung von Informationen. Wir hier in Zentralamerika, bzw. in El Salvador, haben oft Schwierigkeiten, an Informationen heranzukommen. Unsere Regierung zeichnet sich nicht gerade durch Transparenz aus. Das erschwert es uns, verlässliche Informationen zum Beispiel über die Verhandlungen mit der EU zu bekommen. Ich glaube, Ihr in Europa habt besseren Zugang zu den Informationen. Das könnte ein Aspekt der Zusammenarbeit sein.

Der zweite Aspekt hat mit der Aufarbeitung der Informationen zu tun. Ich denke, wir müssten die Anstrengungen koordinieren, die Inhalte dieser Verträge für die Menschen zu übersetzen. Das wird sehr schwer sein, selbst Experten tun sich da schwer, aber wir müssen die Inhalte in eine Sprache übersetzen, die die Menschen verstehen.

Der dritte Punkt ist die Verbreitung der Informationen. Zur Zeit haben wir zum Beispiel eine Untersuchung zur Wasserprivatisierung gemacht. Diese Untersuchung sollte von den Vätern hier veröffentlicht werden, aber sie haben aufgrund interner Probleme ihr Zentralamerika-Büro geschlossen. Das heißt, das Projekt bleibt jetzt unveröffentlicht liegen. Eine Art zu kooperieren könnte sein, die Übersetzung und Verbreitung dieser Analyse zu garantieren, um sie in die Gemeinden zu bringen und so den Widerstand zu stärken. Es sind oft einfache Sachen, die auch nicht viel Geld kosten, die dann aber eine große Bedeutung haben können.

Ich glaube das sind die drei Aspekte: erstens Informationsaustausch, zweitens Unterstützung bei Analysen und Studien und dann die Verbreitung der Ergebnisse.

Investitionsstreitigkeiten vor internationalen Schiedsgerichten Die Fälle Argentinien und Bolivien

Bericht von der Veranstaltung des Ökumenischen Büros und des FDCL – Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika Berlin am 8. Mai 2006 in München

Im Mittelpunkt der Veranstaltung, die aus Anlass des IV. Gipfeltreffens der Europäischen Union (EU) und der Staaten Lateinamerikas und der Karibik vom 1. bis 3. Mai 2006 in Wien stattfand, standen die Klagen vor dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID). Seit einigen Jahren steigt die Zahl der Klagen vor internationalen Schiedsgerichten zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten beträchtlich an. Hauptsächlich werden die Klagen beim ICSID, einer Unterorganisation der Weltbank, eingereicht. Es ging dort bereits jeden Monat eine neue Klage seitens eines transnationalen Konzerns ein, inzwischen ist die Zahl weiter angestiegen. Diese Entwicklung ist eine direkte Konsequenz der seit 2000 enorm angeschwollenen weltweiten Privatisierungswelle.

Von den 100 derzeit beim ICSID

anhängigen Verfahren richten sich gegen lateinamerikanische Staaten, darunter allein 40 gegen Argentinien. Nachdem das südamerikanische Land infolge der schweren Wirtschaftskrise 2001/2002 die Dollarbindung und die Währungskonvertibilität einstellen musste, reichten hauptsächlich europäische InvestorInnen im Bereich der Infrastrukturdienstleistungen eine Reihe von Klagen gegen den argentinischen Staat beim ICSID ein und stellten erhebliche Schadensersatzansprüche. Diese betragen oftmals das Mehrfache der ursprünglichen Investitionen, da in die Entschädigungsansprüche auch zu erwartende Gewinne eingerechnet werden.

In Bolivien drohen gleich acht multinationale Energiekonzerne mit dem Gang vor das internationale Schiedsgericht, da die Regierung die für das Land unvorteilhaften beste-

henden Verträge zur Ausbeutung von Öl und Gas nachverhandeln will. Den gleichen Schritt droht der Wasserversorger Suez an, mit dem die bolivianischen Behörden derzeit nach einer gescheiterten Privatisierung über die vorzeitige Beendigung des Versorgungsvertrags in La Paz und El Alto verhandeln.

Zu dieser Thematik referierten der Soziologieprofessor Jorge Carpio von der argentinischen Organisation FOCO (Foro Ciudadano de Participación por la Justicia y los Derechos Humanos) und Thomas Fritz vom FDCL.

In dem Vortrag von Jorge Carpio wurden die recht komplizierten Zusammenhänge sehr klar und verständlich dargestellt und der Kern des Problems eindrucksvoll herausgearbeitet. Der Zusammenhang zwischen dem Phänomen der in letzter Zeit anschwellenden Zahl von Investitions-

streitigkeiten vor internationalen Schiedsgerichten und der weltweiten Privatisierungswelle der vergangenen 20 Jahre wurde klar herausgestellt. Einerseits ist die wachsende Zahl der Investitionsstreitigkeiten eine Folge der Privatisierungen, andererseits kann man die internationalen Schiedsgerichte selbst als Teil der Privatisierungswelle interpretieren. Jorge Carpio vertrat überzeugend die These, dass die Schiedsgerichte als Privatisierung der Justiz aufzufassen sind.

Investitionsstreitigkeiten vor internationalen Tribunalen als Folge von Privatisierungen

Jorge Carpio zeigte den Zusammenhang zwischen den steigenden ausländischen Direktinvestitionen seit Beginn der 90er Jahre und den gleichzeitigen Abschlüssen von bilateralen Investitionsschutzabkommen (BITs) zwischen den Ländern Lateinamerikas und den Herkunftsländern der InvestorInnen (vor allem aus der EU und den USA) auf. Bilaterale Investitionsschutzabkommen dienen der Absicherung von ausländischen Direktinvestitionen. Kernstück der Verträge sind weit reichende Entschädigungsgarantien für die getätigten Investitionen. Wobei der Investitionsbegriff sehr weit gefasst ist und absurderweise sogar erwartete Gewinne einschließt. Mit Investitionen assoziieren VerfechterInnen der Marktwirtschaft gerne den Bau von Produktionsanlagen und die daraus sich ergebende Schaffung neuer Arbeitsplätze. Damit hatten die Auslandsinvestitionen in den 90er Jahren gar nichts zu tun. In erster Linie ging es darum, dass argentinische Staats- und Privatunternehmen in ausländischen Besitz übergingen. Vorwiegend wurden dabei staatliche Versorgungsunternehmen (Elektrizität, Wasser und Telefon) privatisiert. Die heutigen Investitionsstreitigkeiten gehen auf die Wirtschaftskrise von 2000/2002 zurück. Damals musste die argentinische Regierung die Bindung des Peso an den Dollar aufgeben. Als Folge davon zahlten die Kunden der Versorgungsunternehmen nicht mehr wie bisher in Dollar, sondern in Peso. Die Unternehmen hatten dadurch zwar keinen operativen Ver-



Thomas Fritz (FDCL), Jorge Carpio (FOCO), Elena Alvarez (Dolmetscherin) und Jan Dunkhorst (FCDL)

lust, aber ihre Gewinne sanken. Darum geht es heute in vielen beim ICSID anhängigen Fällen. Die zumeist europäischen transnationalen Konzerne verlangen von der argentinischen Regierung Entschädigungen für von ihnen erwarteten und jetzt nicht mehr zu realisierenden Gewinne. Im Jahre 2002 beliefen sich die Entschädigungsforderungen auf Milliarden US-Dollar. Dieser Summe standen damals Milliarden US-Dollar Währungsreserven gegenüber. Die Forderungen könnten also von Argentinien nie bezahlt werden. An Hand einiger Beispiele machte Jorge Carpio klar, dass solche Forderungen vor allem dazu dienen, Druck auszuüben. Sie werden benutzt, um Tarifsteigerungen durchzusetzen oder bessere Vertragsbedingungen wie z. B. längere Laufzeiten für Konzessionen zu erreichen.

Internationale Schiedsgerichte sind nichts anderes als eine Privatisierung der Justiz

Die heute auf internationaler Ebene üblichen Schiedsgerichte, die Streitigkeiten zwischen international operierenden Unternehmen und nationalen Staaten schlichten sollen, gehen zurück auf eine Entwicklung, die nach dem Zweiten Weltkrieg in den USA begann. Dort waren Wirtschaftskreise, aufgeschreckt von hohen Entschädigungszahlungen infolge verlorener Zivilprozesse, auf die Idee verfallen, sich durch die Schaffung privater Schlichtungsmechanismen der

staatlichen Gerichtsbarkeit zu entziehen. Die Besetzung von Tribunalen mit SchlichterInnen, die vom Unternehmen bestimmt werden, ist Teil des Kaufvertrages. Diese Methode, die jeglicher demokratischen Legitimation entbehrt, hat sich für die Unternehmen bewährt und ist heute auf internationaler Ebene gang und gäbe. Sie kann nur als Privatisierung der Justiz bezeichnet werden.

Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasvorkommen – eine Politik der Wiedergewinnung der nationalen Souveränität

Das Referat von Thomas Fritz beschäftigte sich vorwiegend mit den aktuellen Ereignissen in Bolivien. Die beabsichtigte Nationalisierung der Erdöl- und Erdgasvorkommen, die vom neuen bolivianischen Präsidenten Evo Morales am 1. Mai 2006 bekannt gegeben wurde, sind mehr als der Versuch, Ausbeutung und Ungerechtigkeit zu bekämpfen. Sie sind Ausdruck eines tiefen Politikwandels, der auf die Wiedergewinnung der nationalen Souveränität zielt.

Der nächste, noch wesentlich wichtigere Schritt auf diesem Weg ist nach Meinung von Thomas Fritz die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung für den Monat Juli. Erst dann wird das Ausmaß des Wandels erkennbar werden und vor allen Dingen seine solide verfassungsmäßige Basis erhalten.

Im Rahmen der Diskussion ging Thomas Fritz auf die vielfältigen deutschen Wirtschaftsinteressen in den lateinamerikanischen Ländern ein. Er wies darauf hin, dass es neben den vielen direkten deutschen Interessen auf Grund von Investitionen auch indirekte Interessen gibt. Die direkten Interessen sind häufig nicht so bekannt. Sie liegen im Umkreis der Wasserversorgung. Es geht dabei um Beraterfirmen, Leitungsbau bei Ver- und Entsorgung und um den Bau von Kläranlagen. Außer im Bereich der Wasserversorgung sind deutsche Bauunternehmen in Bolivien auch am Bau von Mautstraßen beteiligt. Dabei werden Benutzungsgebühren verlangt, die der arme Teil der Bevölkerung nicht bezahlen kann. Ihnen wird mit dieser Art von Privatisierung ein Teil ihrer Bewegungsfreiheit geraubt.

Mit der Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasvorkommen hat die bolivianische Regierung auf indirekte Art und Weise die Interessen deutscher Unternehmen berührt. Die Verstaatlichung wird sicherlich zu höheren Kosten für die GasabnehmerInnen führen. Und das sind unter anderem auch viele deutsche Unternehmen im Großraum Sao Paulo. Das Industriezentrum Sao Paulo ist über eine Pipeline mit Bolivien verbunden und Hauptabnehmer des bolivianischen Erdgases.

Als Fazit der Veranstaltung wies Jorge Carpio noch einmal auf die politische Bedeutung der Privatisierung hin und betonte den damit verbundenen enormen Machtzuwachs für multinationale Konzerne. In diesem Zusammenhang ist es inzwischen völlig bedeutungslos, aus welchem Land die internationalen Unternehmen ursprünglich kommen. Dieser fortschreitenden Globalisierung von oben kann wirkungsvoll nur mit einer Globalisierung von unten begegnet werden. Darunter versteht Jorge Carpio eine Vernetzung der Betroffenen im Norden und im Süden, deren Ziel es sein muss, die Macht der multinationalen Konzerne mit neuen globalen demokratischen Strukturen zu bändigen. Das Treffen in Wien Enlazando Alternativas (Alternativen verknüpfen) ist ein Schritt dahin.

Blutiger Fisch gefällig?

Gespräch mit einer entlassenen Mitarbeiterin der Thunfischfabrik Calvo in El Salvador

(ah) Nachdem in Brüssel letztes Jahr die Regeln zur Umsetzung des neuen Allgemeinen Systems der Zollpräferenzen (SGP-Plus) festgelegt wurden, geht es für El Salvador jetzt um die Wurst und für die spanische Unternehmensgruppe Calvo um den Fisch. Um weiterhin in den Genuss von EU-Zollpräferenzen zu kommen, müsste El Salvador die Konvention 87 der Internationalen Arbeiterorganisation zur Gewerkschaftsfreiheit und die Konvention 98 zum Recht auf Tarifverträge ratifizieren. In ganz Lateinamerika ist El Salvador das einzige Land, welches diese Konventionen noch nicht ratifiziert hat. Doch viele Unternehmen in El Salvador haben ein elementares Interesse an der Erhaltung der Zollpräferenzen, so auch Calvo. Das spanische Unternehmen nutzte seine Kontakte zur spanischen Regierung, die sich in der EU dafür einsetzte, dass El Salvador (ohne namentlich genannt zu werden) Schlupflöcher gewährt werden. Derzeit zeichnet sich nicht ab, dass El Salvador die beiden Konventionen in absehbarer Zeit ratifiziert.

Calvo hat weitere gute Gründe, sich in diesem Feld zu engagieren: Die Verletzung von ArbeiterInnenrechten innerhalb des Unternehmens ist seit Jahren Praxis. In Wien fand nun im Mai 2006 im Rahmen des alternativen Gipfels, EU Lateinamerika „Enlazando Alternativas“, eine erste Anhörung zum geplanten Tribunal über die von europäischen transnationalen Unternehmen in Lateinamerika und der Karibik begangenen Menschenrechtsverletzungen statt. Carmen (Name von der Redakteurin geändert), ehemalige Mitarbeiterin der Thunfischfabrik Calvo und entlassen, wie so viele nach dem Versuch, sich gewerkschaftlich zu organisieren, ist aus El Salvador angereist, um vor dem Tribunal Zeugnis über die Arbeitsrechtsverletzungen in der dortigen Firma abzulegen. Es ist ein

erster Schritt, internationale Öffentlichkeit zu schaffen, um die Seilschaften zwischen Calvo, der spanischen und salvadorianischen Regierung, sowie der EU aufzudecken.

Carmen, Du hast lange in der Thunfischfabrik Calvo gearbeitet. Wie waren die Arbeitsbedingungen?

Wir hatten viele Einschränkungen, zum Beispiel beim Verbrauch von Wasser oder wenn wir um Erlaubnis baten, auf die Toilette gehen zu dürfen. Die Minuten, die wir weg waren, wurden aufgeschrieben. Außerdem gab es viele Unfälle und Verletzungen in den verschiedenen Arbeitsbereichen: Beim Entladen beispielsweise die Fische sind sehr groß und stark und die Kollegen arbeiten ohne jeden Schutz wurde ein Mitarbeiter durch den Schlag eines Thunfisches blind. Von den scharfen, chemischen Reinigungsmitteln erlitten viele Verätzungen auf der Haut. Im Bereich des Zuschnitts gab es viele Verletzungen an den scharfen Messern und sogar abgetrennte Finger. Das Blut tropfte auf den Fisch. Später, nach dem Verpacken, wurde es von den Kontrolleuren gesehen. Die kamen dann und suchten den Schuldigen, der sich geschnitten hatte... Das ist so unlogisch. Wo es doch keinerlei Schutz gibt. In der Verpackungsabteilung arbeiten die Kollegen ohne jeden Gesichtsschutz über kochend heißem Wasserdampf. Lohnvereinbarungen und Sozialleistungen wurden oft nicht eingehalten. Wenn wir zum Beispiel von der Krankenversicherung Gebrauch machen wollten, konnten wir nur in die werksinterne Klinik gehen. Da wurden unsere Krankheiten oft ignoriert. Medikamente gaben sie uns erst am nächsten Tag. Dafür wurden uns 0 bis Dollar vom Lohn abgezogen. Es gibt viele Vertragsverletzungen und Misshandlungen in allen Arbeitsbereichen

Und wie habt Ihr reagiert?

Wir sind zum Parlament gegangen, um Entschädigungszahlungen für die Kollegen zu erreichen, die die

Unfälle erlitten hatten, wie etwa die abgetrennten Finger oder das Erblinden. Außerdem wollten wir erreichen, dass die Herren Abgeordneten der Firma einen Besuch abstatten und mit der Firmenleitung zu einer bereinkunft kommen. Die ARENA-Abgeordneten haben uns sehr schlecht behandelt. Sie haben sich geweigert, die Firma zu besuchen mit der Begründung, sie könnten nicht in Privateigentum eindringen. Wir haben überhaupt nichts erreicht. Die Kollegen wurden ohne jedes Recht auf eine Entschädigung entlassen. Die FMLN-Abgeordneten haben uns schon unterstützt, aber ich glaube, es ist schwierig für sie, nachdem sie weniger sind und die Areneros mehr Macht haben.

Trotzdem kam es im Juni 2005 zu einem Besuch von Abgeordneten in der Fabrik...

Ja, und wir haben auf sie gewartet. Allerdings hatten wir kein Recht, in der Firma zu sein, also haben wir uns auf der Straße davor versammelt. Aber sie sind gleich wieder abgefahren. Es gab keinerlei Kommunikation zwischen uns. Danach haben wir versucht, eine Gewerkschaft zu bilden. Auf Flugblättern haben wir in der Firma über die Unfälle informiert. Wir waren schon um die 0 Leute, die eine Gewerkschaft gründen wollten. Als sie davon und von unserem Besuch im Parlament Wind bekamen, begannen die Entlassungen. Wir waren ungefähr 00 Leute. Sie haben nicht alle auf einmal entlassen, sondern nach und nach. Gleichzeitig haben sie Neue eingestellt, aus Gegenden, wo die Leute ihre Arbeitsrechte nicht kennen. Uns haben sie „faule pfeil genannt und gesagt, sie wollten keine „Verunreinigung in der Firma. Nach den Entlassungen haben sich einige von uns zusammengetan, um den Fall in den Medien öffentlich zu machen. Aber da es nur eine nationale Öffentlichkeit war, hatte sie keinen Einfluss. Die Großen und Mächtigen werden sich nicht einschalten, weil sie selbst Unternehmer sind. Erst mit Unterstützung der Rechtshilfeorganisation FESPAD gelang es uns, halbwegs angemessene Abfindungen auszuhandeln. Danach sind alle ihrer Wege gegangen. Einige sind sogar umgezogen, weil sie Angst vor Repressalien hatten.

Aber Du bist heute hier und legst Zeugnis ab. Allerdings nicht direkt vor dem Tribunal, sondern über eine Tonbandaufnahme. Warum?

Das ist eine Schutzmaßnahme. Im Land habe ich meine Aussagen offen gemacht, aber da gab niemand dem Fall eine Bedeutung. Auf internationaler Ebene kann das anders sein. Es könnte zu Repressalien gegen mich kommen, auch, weil ich nicht mehr die Unterstützung meiner KollegInnen habe, sondern ganz alleine den Fall repräsentiere. Aber ich mache es trotzdem, denn die Leute, die heute in der Firma arbeiten, leiden unter den gleichen Bedingungen und

sie kennen ihre Rechte nicht.

Was ist Deine persönliche Perspektive, wovon lebst Du seit Deiner Entlassung?

Es ist ja so, dass es zwei Firmen am Ort gibt. Sie stehen aber miteinander in Verbindung und nach unserer Entlassung können wir jetzt nicht mehr in der anderen Firma arbeiten, aus dem einfachen Grund, weil wir versucht haben, eine Gewerkschaft zu gründen. Wir stehen auf der Schwarzen Liste. Deswegen gehe ich auf die Straße und verkaufe Sachen.

Danke für das Gespräch und weiterhin alles Gute für Deine Arbeit und Deinen mutigen Weg!

INKOTA-Brief

Die Nord-Süd-Zeitschrift aus Berlin



Nummer 135 – März 2006

Fußball global – Faszination und Kommerz

- Die zweite Globalisierung des Fußballs
- Rassismus und Antirassismus auf und neben dem Rasen
- Gott ist rund – Religion und Fußball in Brasilien
- Gar nicht fair: Sportartikel- und Fußballproduktion
- Eduardo Galeano: "Ich bin in den Fußball vernarrt"
- Afghanistan: Fußball mit Hindernissen

Es schreiben u.a. Gerald Hödl, Michael Fanizadeh, Martin Ling, Daniela Chiaretti, Ingeborg Wick, Thomas Ruttig, Anna Schulte und Sigrid Haller

Aktuelles Heft (48 Seiten): 3 Euro zzgl. Porto – Im Abo (4 Ausgaben): 11 Euro inkl. Porto

INKOTA-netzwerk e.V., Greifswalder Straße 33a, 10405 Berlin

Tel: 030-42 89 111, Fax: 030-42 89 112 – E-Mail: inkota-brief@inkota.de, Web: www.inkota.de



Das neue Vierteljahreshft
für kein ruhiges.
ab Juni

www.hinterland-magazin.de

ISW institut für sozial-ökologische
wirtschaftsforschung e.V.

**analysen
fakten & argumente**

wirtschaftsinfa 38
Die wirtschafsinfa 38 mit
einer Fülle von Fakten und
Argumenten unter 17 Stich-
worten kritisch und kritisch
für die stoffindender
Stells und Tonfrancen, für
Diskussionen in Betrieben, Ge-
werkschaft und Öffentlichkeit.
60 Seiten anschl. schreibbe-
reit mit zahlreichen Grafiken
und Tabellen.

BILANZ 2005
Ausblick 2006
WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

isw-wirtschaftsinfa 38
April 2006 / 5,00 EUR / 1. Vers.

Engagen der Propaganda
führt das Fortschreiten der
neoliberalen, von Transnati-
onalen Konzernen getriebenen
Globalisierung nicht zu einem
höheren Wohlstand aller
Länder, sondern Armut und
Arbeitslosigkeit nehmen
abzu – sowohl in den
Ländern des Südens wie in
der Industrie länder des
Nordens

isw-report 65
April 2006 / 3,- EUR / 1. Vers.

**DIE ENTEIGNUNG
DES SÜDENS**
Die Ausbeutung durch die
transnationalen Konzerne

Bestellungen, Gesamtprogramm
isw – Institut für sozial-ökologische
wirtschaftsforschung e.V.
Johann-v.-Weilth-Stra. 3, 80639 München
Tel 089-130041, fax 089-168 94 15
isw_muenchen@online.de
www.isw-muenchen.de

Stellungnahme der Redaktion zum Artikel

„Geschacher in den Parlamenten, CAFTA-DR – ein Zwischenbericht“ im Infoblatt 67

(zp) Auch wenn offener Antisemitismus in der deutschen Mehrheitsgesellschaft – zumindest zur Zeit und zum überwiegenden Teil – als nicht salonfähig gilt, sind eine Vielzahl von mehr oder weniger latenten Antisemitismen nach wie vor weit verbreitet. Die in Deutschland lange zurückreichende Geschichte von Antisemitismus hat dazu geführt, dass sich antisemitische Vorurteile und Stereotype in Diskursen, Denkmustern, Bildern und in der Sprache abgesetzt haben und dort – wenn auch häufig unbewusst – weiter wirken. Dies zeigt sich beispielsweise an aus dem Hebräischen entlehnten Begriffen, die Eingang in die deutsche Sprache gefunden haben. Dass solche Begriffe auch im Infoblatt auftauchen können, mussten wir anlässlich der Überschrift „Geschacher in den Parlamenten“ in der letzten Ausgabe feststellen.

Die Assoziationen, die diese Überschrift wecken sollte und sicherlich auch bei vielen LeserInnen geweckt hat, liegen auf der Hand: Da ist wohl etwas nicht mit „rechten Dingen“ zugegangen, da wurde gefeilscht und möglicherweise auch getrickst. Angesichts der Art und Weise, wie im nicaraguanischen Parlament der Freihandelsvertrag CAFTA verabschiedet wurde, scheint die Wahl einer solchen Überschrift nahe liegend (vgl. Infoblatt 67).

Es kann angenommen werden, dass dem Großteil der LeserInnen des Infoblatts ebenso wenig wie der Redaktion bewusst war, dass es sich bei dem Wort „Geschacher“ um ein aus dem Hebräischen entlehntes Wort handelt. Im Hebräischen bedeutet „schachern“ zunächst einmal nichts weiter als Handel treiben. In der deutschen Sprache hat sich diese Bedeutung in Richtung „feilschend handeln“ gewandelt und damit eine negative Konnotation erhalten. Die Übernahme von hebräischen Wörtern in die deutsche Sprache ging häufiger mit einem Bedeutungswandel in Richtung einer Negativbesetzung einher. Bei dem Wort „Geschacher“ handelt es sich folglich nicht um einen Einzelfall. Ein weiteres Beispiel hierfür ist das Wort „mauscheln“, das wörtlich mit „in der Sprache Moses sprechen“ übersetzt werden kann, im Deutschen jedoch soviel wie „heimlich Vorteile aushandeln“ bedeutet.

Inwiefern dieser Bedeutungswandel als Ausdruck von Antisemitismus betrachtet werden kann, bleibt die Frage. Angesichts der in Deutschland lange zurückreichenden Geschichte von Antisemitismus liegt jedoch der Schluss nahe, dass die Negativbesetzung von aus dem Hebräischen entlehnten Worten im Deutschen in diesem Sinne zu verstehen ist. Verstärkt wird dieser Eindruck dadurch, dass der Bedeutungswandel entlang antisemitischer Stereotype und Vorurteile verläuft.

Man könnte die Wahl der Überschrift „Geschacher in den Parlamenten“ als „bewusstes Versehen“ auffassen. Versehen, weil weder dem Autor, noch der Redaktion bewusst war, dass „Geschacher“ ein aus dem Hebräischen entlehntes Wort ist. „Bewusst“, weil unterstellt werden kann, dass das Wort „Geschacher“ auf Grund der Bedeutung „feilschend handeln“ gewählt wurde.

Wahlen an der Atlantikküste oder die „verrückte Maus“

(ea) Mit großem politischen Getöse stürzten sich die Parteien in die Regionalwahlen an der Atlantikküste. Aber nicht die Probleme der Region interessierten sie, sondern für sie war es nur ein Test für die Präsidentschaftswahlen im November.

Die Situation an der Atlantikküste

Am 1. März 2006 fanden in Nicaragua zum fünften Mal Regionalwahlen für die Parlamente der autonomen Provinzen der Atlantikküste, RAAN und RAAS, statt. Nie zuvor hatten die politischen Parteien diesem Ereignis so viel Beachtung geschenkt wie diesmal. Dabei hätte dieser Teil des Landes wirklich Beachtung verdient, nicht nur zu diesem Anlass. Riesig sind die Probleme, Armut, Umweltzerstörung, Drogen und Gewalt, in den vom Rest des Landes getrennten und vernachlässigten Provinzen an der Atlantikküste. Die Reichen interessierten sich nur für die Ausbeutung der Bodenschätze oder die Verwertung des Tropenholzes der riesigen Wälder, für die Armen war es immer ein Gebiet der Chancen zum Überleben gewesen, herrenloses Land, das urbar gemacht werden konnte, wo man auf ein paar manzanas (0,2 Hektar) Mais und Bohnen für die Familie pflanzen konnte. Jahrhundertlang erfolgte die Besiedlung des Landes von Westen nach Osten, heute ist die Landwirtschaftsgrenze „frontera agrícola“ am Atlantik angelangt und intakte Wälder gibt es nur noch in den beiden großen Reservaten Bosawas und Reserva Indio Maíz. Seit ein paar Jahren sind der Drogenhandel und der damit einhergehende Drogenkonsum in Nicaragua stark angestiegen. Diese Entwicklung ist eine direkte Konsequenz der erfolgreichen Bekämpfung der traditionellen Drogenhandelswege für Kokaïn von Kolumbien in die USA. Früher wurde fast die gesamte Ware auf dem Wasserweg über die Karibik transportiert,

heute verlaufen die Handelsrouten durch Zentralamerika. Dabei ist ein wichtiger Einfallspunkt die Atlantikküste Nicaraguas, wo die wenige Polizei, die es gibt, sich gerne mit Drogenhandel das Gehalt aufbessert.

Die „verrückte Maus“

Aber für all diese Probleme haben sich die politischen Parteien kaum interessiert, für sie gab es im Wahlkampf vor allem ein Thema, die „verrückte Maus“ *el ratón loco*. Nach den Kommunalwahlen 2002 war der Begriff *ratón loco* geprägt worden. Damit bezeichnete man das Phänomen, dass viele WählerInnen nicht von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen konnten, da sie nicht im Wählerverzeichnis aufgeführt waren. Sie liefen von einem Wahllokal zum anderen, nur um festzustellen, dass sie in keinem Wählerverzeichnis existierten. Dieses Phänomen wurde nun bei der Regionalwahl im März von der Partido Liberal Constitucionalista (PLC) zu einem Riesenpolitikum aufgebauscht, aber nicht, weil sich die Liberalen für das Wahlrecht der BürgerInnen stark machten, nein, die PLC hatte die „verrückte Maus“ als Ursache für ihre damalige Wahlniederlage identifiziert. Die Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN) hatte damals einen beachtlichen Sieg über die PLC davon getragen. Seither wird die Mehrzahl der Gemeinden von der FSLN regiert und nicht mehr von der PLC.

Verantwortlich für die Qualität der WählerInnenverzeichnisse ist der Oberste Wahlrat CSE², eines der Staatsorgane, das unter Kontrolle der beiden Paktparteien PLC und FSLN steht. Er ist sich auch der Probleme bewusst und hat deshalb im Rahmen der Vorbereitung der Wahlen versucht, Verbesserungen zu erreichen. So hat er frühzeitig, im Herbst des letzten Jahres, eine Überprüfung der Verzeichnisse durch die WählerInnen in die Wege

geleitet. Es wurde aber ein totaler Fehlschlag. Apathie der Bevölkerung, Desinteresse der politischen Parteien und der Medien führten zu einer sehr geringen Teilnahme der WählerInnen.

Sachlicher Kern des Problems der „verrückten Maus“ ist die gravierende Vernachlässigung der Atlantikküste durch die Zentralregierung. Eine Vernachlässigung, die sich in widersprüchlichen Zahlen manifestiert. Die regionalen Vertretungen des Wahlrats gehen von 226 000 Wahlberechtigten aus, die nationale Statistikbehörde INEC hingegen schätzt, dass an der Atlantikküste 2 000 Menschen leben, die älter als 16 Jahre und damit wahlberechtigt sind. Das sind Zahlenunterschiede von 10 Prozent, die niemand erklären kann. Hinzu kommt, dass viele jüngere Wahlberechtigte nicht im Besitz eines Ausweises sind und daher nicht wählen können. Damit ist ein Teil der Hintergründe der Streitigkeiten beschrieben, mit denen FSLN und PLC in den letzten Monaten das Land genervt haben. Vordergrundig ging es um die Artikel 10 und 16 des Wahlgesetzes. Dort ist festgelegt, dass jemand, der nicht im WählerInnenverzeichnis erscheint, aber sich mit seinem Personaldokument ausweisen kann, trotzdem wählen darf. Schon bei den Kommunalwahlen 2002 hatte sich der Oberste Wahlrat entschieden, diesen Passus des Wahlgesetzes nicht mehr anzuwenden. Nachdem die Wahlen für die PLC schlecht ausgegangen waren, behauptete sie, in von der FSLN domi-



Ihre Probleme haben die Politiker nur mäßig interessiert

nierten regionalen Wahlbehörden wären nur deren S mpathisantInnen in die Verzeichnisse eingetragen worden und ihre S mpathisantInnen hätten nicht wählen können.

Derzeitige Zusammensetzung des bersten Wahlrats – ein Produkt des Paktes

Im Hintergrund dieser Konflikte steht, wie in der nicaraguanischen Politik häufig, der Pakt zwischen Daniel Ortega und Arnoldo Alem n. hatten die beiden Parteien PLC und FSLN alle wichtigen Staatsorgane untereinander aufgeteilt, so auch die Wahlbehörde. Auf untergeordneten Ebenen hatte sich die PLC die Verwaltung gesichert, d. h. Posten, die über Mittel verfügen, wo man Verwandte einstellen konnte. Mit dem Erfolg, dass Wahlen in Nicaragua heute die teuersten von ganz Lateinamerika sind. Die FSLN war geschickter, sie hat sich auf die technischen Stellen konzentriert und kontrolliert damit den Wahlablauf, WählerInnenverzeichnis, Datenverarbeitung usw. Im Obersten Wahlrat CSE war das Machtverhältnis zwischen PLC und FSLN immer ausgeglichen gewesen. Die beiden Parteien haben je drei Stimmen, dazu kommt der nicht parteigebundene Vorsitzende, Roberto Rivas, ein enger Vertrauter von Kardinal Obando Bravo. Die Situation hat sich dort inzwischen geändert. Daniel Ortega hat sich s stematisch der katholischen Kirche genähert und sich erfolgreich mit Obando Bravo versöhnt. Erfolgreich, denn seit einiger Zeit hat die PLC keine Chance mehr, die Mehrheit im CSE zu erreichen: der Vorsitzende, Roberto Rivas, stimmt immer mit der FSLN. Als der Oberste Wahlrat zu den Regionalwahlen wieder das Wahlgesetz in der oben dargestellten Form anwenden wollte, versuchte die PLC, dies mit allen Mitteln zu verhindern. Sie legte monatelang die Arbeit des Wahlrates mittels Beschlussunfähigkeit lahm. In der Sache wurde sie von vielen Organisationen der Zivilgesellschaft unterstützt. So betonte der Dachverband der nicaraguanischen Nichtregierungsorganisationen, die Coordinadora Civil, „eine Anordnung der Mitglieder des Obersten Wahlrates

kann sich nicht über das Wahlgesetz hinwegsetzen, das Verfassungsrang hat und das Recht der BürgerInnen garantiert, ihr Wahlrecht auszuüben“. Die Mehrheit des Wahlrates ließ sich nur widerwillig zur Korrektur seiner Auffassung zum Wahlgesetz bewegen. Die institutionelle Krise im CSE, hervorgerufen durch den Bo kott der Mitglieder der PLC, wurde auf höchst dubiose Weise gelöst. Der Verfassungssenat des Obersten Gerichtshofs CSJ ermächtigte den Vorsitzenden des Wahlrats CSE, die Beschlussunfähigkeit der Institution dadurch zu überwinden, dass Ersatzleute hinzugezogen wurden. Es versteht sich, dass sowohl die Mehrheit im Verfassungssenat als auch die durch ihr Urteil eingesetzten Ersatzleute der FSLN nahe standen und in deren Sinne abstimmten. Kurz gesagt, Nicaragua hatte wieder einmal eine institutionelle Krise. Wieder einmal haben die beiden großen Parteien die Verfassungsorgane, die sie in den politischen Pakten der letzten Jahre unter einander aufgeteilt hatten, zur Verfolgung ihrer Machtinteressen missbraucht.

Die Probleme der autonomen Provinzen, um die es in den Regionalwah-

len gehen sollte, interessierten sie nur am Rande. Für sie war das nur ein willkommener Probelauf für die Präsidentschaftswahlen im kommenden November. Für die FSLN ging es darum, Hert Lewites, den ehemaligen Bürgermeister von Managua, in die Schranken zu weisen. Lewites, dessen Versuch, gegen den Willen Daniel Ortegas Präsidentschaftskandidat der FSLN zu werden, zu seinem Parteiausschluss geführt hatte, war bei den Regionalwahlen erstmals mit seiner neuen Partei Alianza Hert 2006 angetreten, um der FSLN Stimmen abzunehmen. Die PLC hatte fast identische Sorgen. Bei den Rechten hat es Eduardo Montealegre, der ehemalige Finanzminister und schwerreiche Bankier, gewagt, gegen die Interessen Arnoldo Alem ns Anspruch auf die Präsidentschaftskandidatur zu erheben. Auch er wurde aus seiner Partei ausgeschlossen und auch er trat erstmals bei den Wahlen mit einer neu gegründeten Partei, der ALN-PC⁶, an.

Wahlergebnisse

Ganz im Gegensatz zu dem Wirbel, den die Politik bis kurz vor dem

Wahlergebnisse bei den Regionalwahlen an der Atlantikküste (5. März 2006)

Provinz	Partei	2006 /	2006 / Sitze
RAAN	PLC	, 0	6
	FSLN	0,2	6
	atama	,	
	ALN-PC	,	
	MRS	2,2	
	Sonstige	,	
	Summe	00,00	
RAAS	Nichtwähler	2,0	
	PLC	, 2	22
	FSLN	20, 2	
	atama	,6	6
	ALN-PC	,	6
	MRS	,	
	Sonstige	2,	
Summe	00,00		
	Nichtwähler	60,	

Ermittelt aus den Daten des Consejo Supremo Electoral

und

Unter dieser Bezeichnung trat die politische Gruppierung von Hert Lewites, Alianza Hert 2006, an

Wahltermin veranstaltet hatte, verliefen die Wahlen am 1. März ruhig und ohne Zwischenfälle, das betonten einmütig internationale und nicaraguansische WahlbeobachterInnen. Wie schon vor vier Jahren gingen die NichtwählerInnen mit Abstand als stärkste Gruppe aus den Wahlen hervor. 60 Prozent der WählerInnen, etwas weniger als beim letzten Mal, hatten von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht. Viele hatten damit ein politisches Votum gegen alle Parteien abgegeben. Aber der hohe Prozentsatz der NichtwählerInnen spiegelt auch andere Probleme wider. Die WählerInnenverzeichnisse sind veraltet. Die Organisation IMPADE ist bei einer Überprüfung massenweise auf unauffindbare Personen gestoßen, Verstorbene und MigrantInnen. Auch die schlechten Verkehrsverhältnisse haben sicherlich viele an der Ausübung ihres Wahlrechts gehindert. Die Verschiebungen im politischen Kräfteverhältnis waren gering (siehe Kasten). Die PLC verlor etwas, vor allem im Süden, blieb in beiden Parlamenten aber stärkste Fraktion. Auch die FSLN, die wieder zweitstärkste Kraft wurde, hat Stimmen verloren. Die neuen Parteien

konnten offensichtlich die WählerInnen noch nicht davon überzeugen, dass sie Alternativen zu den beiden Paktparteien sind. Während die rechte ALN-PC im Süden der Atlantikküste, RAAS, immerhin auf 10 Prozent kam und damit sechs Sitze im Regionalparlament belegen wird, dafür aber zwei Millionen Dollar verpulverte, den mit Abstand höchsten Betrag aller Parteien, kam die Alianza Hert 2006 nicht einmal auf vier Prozent und wird damit in keinem der beiden Parlamente vertreten sein. Eindeutige Gewinnerin der Wahl war die Partei der indigenen Minderheiten ATAMA. Sie bleibt die drittstärkste Kraft und hat sowohl im Norden als auch im Süden Stimmen und Sitze in den Regionalparlamenten dazu gewonnen, im Norden zwei und im Süden sogar fünf. Im Norden wird die bisherige Koalition zwischen FSLN und ATAMA fortgesetzt werden und im Süden wird die PLC wieder regieren, muss dazu aber mit der ALN-PC koalieren.

Das, was die Parteien am meisten interessierte, nämlich Erkenntnisse für die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen im November zu gewinnen, ist ihnen nur teilweise gelun-

gen. Die neuen Parteien im rechten (ALN-PC) und im linken Lager (Alianza Hert 2006) haben zwar nicht den Eindruck erweckt, dass sie im November die Paktparteien besiegen könnten, aber Stimmen werden sie ihnen auf jeden Fall abnehmen. Damit ist der Wahlausgang ungewisser als bei den vorhergehenden Wahlen, wo die Rechten sicheren Siegen entgegensehen konnten.

Die Auseinandersetzung um die Anwendung der Artikel 1 und 6 des Wahlgesetzes hat sich auf jeden Fall gelohnt. Nach Untersuchungen der Organisation Transparencia haben 80 Prozent der WählerInnen nur durch Ausnutzung dieser Artikel von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen können.

Regiones Autonomas del Atlantico Norte (RAAN)
Sur (RAAS)

2 Consejo Supremo Electoral

CSE, <http://www.cse.gob.ni/documentos/logistica/perspectiva2006.pdf>

Instituto Nicaragüense de Censos Estadísticas
Consejo Supremo de Justicia

6 Alianza aus Alianza Liberal Nicaragüense Partido Conservador

Instituto para el Desarrollo y la Democracia

Spendenauf Ruf



Und so sieht das Ergebnis des letzten Bauprojekts aus, das mit Euren Spenden und der Unterstützung der Solidaritätsbrigade 2004 in Nicaragua verwirklicht wurde. Die Casa Comunal (BürgerInnenzentrum) bietet unserer Partnerorganisation Movimiento Comunal Matagalpa Arbeitsräume in San

Isidro im Norden Nicaraguas. Vor allem aber finden in dem Gebäude alle Arten von Aktivitäten der BürgerInnen San Isidros statt. Außerdem ist es ein Versammlungsort auch für die Bewohner der umliegenden Gemeinden.

Die Resi Huber Brigade 2006 wird sich an einem ähnlichen Projekt beteiligen: In der Ortschaft Esquipulas im Süden Matagalpas soll ebenfalls eine Casa Comunal entstehen. Um dies zu ermöglichen, bitten wir Euch um Spenden für das Projekt.

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.
Stadtsparkasse München,
BLZ 701 500 00
Konto: 561 76 258
Stichwort: Brigadeprojekt Nicaragua

Und sagen schon einmal danke auch im Namen des Movimiento Comunal Matagalpa!

iz3w





Die **iz3w** berichtet alle 6 Wochen über die Zumutungen des globalen Kapitalismus, über Soziale Bewegungen, Rassismus, Ökologie, Literatur und kritische Theorien.

52 Seiten, Einzelheft €4,-
Abo €32,- /em. €25,-

Gratis-Probeheft anfordern beim:
informationszentrum 3. welt
Postfach 5328 · D-79020 Freiburg
Tel (0761) 74003 · Fax 709866
info@iz3w.org · www.iz3w.org

Die Lizenz, die tötet

Eine salvadorianische Gemeinde im Widerstand gegen transnationale Bergbauunternehmen

(ah) Nach dem Inkrafttreten von CAFTA zum 1. März 2006 steht El Salvador nun kurz vor dem Abschluss eines weiteren Freihandelsabkommens mit Kanada. Aber die hermetisch abgeschotteten Verhandlungen ist bisher kaum etwas an die Öffentlichkeit geraten man weiß allerdings um das Interesse der transnationalen Konzerne an der Ausbeutung von Edelmetallvorkommen in der Region. Zur Erkundung der vorhandenen Vorkommen hat das Wirtschaftsministerium bereits 2 Lizenzen an transnationale Konzerne überwiegend kanadischer Herkunft vergeben. Doch die salvadorianische Regierung liefert den Konzernen nicht nur die natürlichen Ressourcen des Landes aus, sondern plant auch im Rahmen des Plan Puebla Panamá Megainfrastrukturprojekte wie die mehrspurige Schnellstrasse Longitudinal del Norte und Großprojekte, wie die Wasserkraftwerke El Cimarrón und El Chaparral. Diese werden den Bergbauunternehmen bei der Ausbeutung zu Gute kommen, aber verheerende Auswirkungen auf die dort lebende Bevölkerung haben. Unterdessen organisiert eine kleine Gemeinde in Chalatenango bislang erfolgreich den Widerstand gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen.

Ein Interview mit José Lisandro Monge, geführt im März 2006 in San José Las Flores, Chalatenango.

Ihr organisiert den Widerstand gegen die Ausbeutung Eurer natürlichen Ressourcen durch ein kanadisches Bergbauunternehmen. Wie kam es dazu?

Das Bergbauunternehmen tauchte erstmals im September 2001 in San José Las Flores und in San Isidro Labrador auf. Wir wussten damals noch nicht, was Minenausbeutung für Folgen haben kann. Aber als wir Leute sahen, die auf unserem Land Untersuchungen durchführten, beunruhigte

uns das. Das Unternehmen Martini y Minerals S.A. de C.V. hatte schon mit der Erkundung der Böden im Cantón Las Limas und im Cantón Las Flores begonnen. Wir versammelten uns und begannen, uns über die Problematik zu informieren. Daraufhin gingen wir zu den Arbeitern und baten sie, die Untersuchungen einzustellen und das Unternehmen, welches die Erkundungen durchführte, zu benachrichtigen. Die Arbeiter waren einverstanden und stoppten ihre Arbeit. Drei Tage später kamen die Unternehmer nach San José Las Flores, um uns von den Vorteilen der Minenausbeutung zu überzeugen. Doch es gelang ihnen nicht und wir baten sie, uns etwas Zeit zu geben, um weitere Informationen einholen zu können. Daraufhin nahmen wir Kontakt mit einer Umweltschutzorganisation aus Guatemala auf und sie schickten uns Videos und Materialien über die umweltschädlichen Auswirkungen der Minenausbeutung. Auf dieser Grundlage haben wir uns hier organisiert. Aber das Unternehmen hielt sein Versprechen nicht ein: Es arbeitete in dieser Zeit weiter und versuchte, Land aufzukaufen. Eines Tages kam ein Gemeindeglied zum Bürgermeister und stellte ihn vor die Wahl: Entweder müsse der Bürgermeister sein Stück Land kaufen oder er würde es dem Unternehmen anbieten. Am nächsten Tag sind wir nach Guarjila, um dort die Strasse zu sperren. Viele Leute haben sich uns angeschlossen. Um sieben Uhr morgens kamen die Arbeiter und die Unternehmer. Wir hielten sie an und forderten sie zum Gespräch auf. Unser Bürgermeister, Mitglieder aus dem Gemeindevorstand, Priester und andere begannen ihnen zu erklären, warum wir gegen die Minenausbeutung sind. Wir erklärten ihnen, dass unser Land durch das vergossene Blut geheiligt ist und dass wir es um jeden Preis verteidigen würden, sie sollten von unserem Land verschwinden. Nun haben sie sich zurückgezogen, es gibt keine Leute mehr, die hier arbeiten.

Was aber kein Ende der Auseinandersetzungen, sondern nur ein Strategiewechsel bedeutet.

Das Unternehmen hat dann versucht, die Diözese als Mittlerin zu gewinnen. Doch diese machte deutlich, dass sie auf Seiten der Comunidades steht und ebensowenig mit der Ausbeutung des Landes einverstanden ist. Dann luden sie Ende Januar 2006 drei Leute in ein Hotel in La Palma ein, um mit ihnen über verantwortlichen Minenabbau zu diskutieren. Wir haben diese Einladung nicht angenommen, machten ihnen aber deutlich, dass „Nein“ auch „Nein“ heißt und dass wir nicht verhandeln würden. Sie haben außerdem neue PromotorInnen angestellt, die Berzeugungsarbeit leisten, damit die Menschen den Widerstand aufgeben und ihr Land verkaufen. Dabei muss man sagen, dass wir in Chalatenango eine besondere Situation haben, weil wir durch unsere gute Organisation die Einstellung der Arbeiten erzwingen konnten, die Erkundungen in anderen Gebieten El Salvadors gehen weiter. Das Wirtschaftsministerium hat weitere Explorationslizenzen an Unternehmen herausgegeben, insgesamt sind es 2. Das ist die große Sorge der Comunidades.

Wie habt Ihr auf diese Entwicklungen reagiert?

Wir haben uns in der Kommission „Anti-Bergbau“ organisiert, wo BürgermeisterInnen, Gemeindevorstände, Cordes (Fundación para el desarrollo comunal de El Salvador), die ADESCOs (Asociaciones de desarrollo comunal) und Kirchen die Problematik analysieren. Außerdem haben wir eine Gruppe gebildet, die betroffene Gemeinden in ganz El Salvador besucht und dort über die Folgen der Minenausbeutung aufklärt. Wir stehen in Kontakt mit unseren Partnerstädten in den USA und Kanada und informieren sie über unsere Bedenken. Schließlich sind wir Teil des nationalen Forums gegen Bergbau. Aber noch sind alle Betroffenen zu

wenig geeint, um das „Nein“ durchzusetzen. Es ist notwendig, dass wir unsere Arbeit in ganz El Salvador verstärken. Denn die transnationalen Konzerne handeln im Geheimen, um uns dann das Land fortzunehmen. Wir haben zwei Kommunikations herausgegeben, um unseren Protest weithin sichtbar zu machen. Darin ist erklärt, dass wir keine Minenausbeutung in Chalatenango akzeptieren werden. Wir haben gesagt, dass unser Land nicht verhandelbar ist und dass wir es niemanden überlassen werden, weil es das Einzige ist, was uns nach zwölf Jahren bewaffneten Konflikts in El Salvador geblieben ist.

Was sind Eure wichtigsten Kritikpunkte am Abbau der Edelmetalle?

El Salvador verfügt über keine größeren natürlichen Ressourcen. Das wenige, was wir haben, nehmen uns die transnationalen Konzerne und wir bleiben weiterhin arm. In den Lizenzen, welche das Wirtschaftsministerium vergibt, ist festgeschrieben, dass ein Prozent der Gewinne an den Staat gehen und ein weiteres Prozent an die Kommune. Der Rest, 80 Prozent, sind für das Unternehmen mit der Lizenz.

Die Minen erfordern große Bohrungen und gefährden auch das Wasser. Zum einen werden für die Ausbeutung der Minen täglich viele Tonnen Wasser gebraucht und zusätzlich wird Zyanid eingesetzt, was das Wasser verseucht. Außerdem sinkt der Grundwasserspiegel, unsere Bäume

werden gefällt und die Menschen in der Umgebung von Minen leiden an schweren Krankheiten.

GuatemalteKInnen und HonduranerInnen, mit denen wir uns getroffen haben, berichteten uns von den Lügen der Bergbauunternehmen. Ihre Erfahrungen sind, dass die Menschen in Abbauregionen weiterhin arm bleiben und dass die Flüsse vergiftet sind. Die Unternehmen sind nur daran interessiert, ihren Gewinn zu machen und nehmen dabei auf Niemanden Rücksicht. Die Gebiete, in denen sich die Minen befinden, sind abgeriegelt und werden durch Polizei und Militär bewacht.

Warum ist Euer Widerstand so erfolgreich?

Der Widerstand in Las Flores war so erfolgreich, weil wir die Risiken aufzeigen und vermitteln konnten. Wir bekommen landesweite Anerkennung, weil wir so gut organisiert sind. Aber wir sind uns bewusst, dass es ein großer Kampf ist und wir haben keine finanziellen Mittel dafür. Deshalb sammeln wir freiwillige Beiträge, um unsere Aktivitäten zu finanzieren.

Seid Ihr noch in anderen sozialen Kämpfen aktiv?

Wir sind verbunden mit dem Kampf gegen die Wasserprivatisierung und die Wasserkraftwerke, setzen uns für den Umweltschutz und den Schutz der natürlichen Ressourcen ein. Die Respekt- und Straflosigkeit der Regierung ist ein großes Pro-

blem. Es gibt keine Anhörungen der Bevölkerung über die großen Projekte, die geplant sind. So soll der Rio Sumpul umgeleitet werden, um das Wasserkraftwerk *Cerrón Grande* zu bauen, welches Honduras und Guatemala mit Strom beliefern soll. Er ist der einzige Fluss, der viel Wasser führt. Das bedeutet, dass die gesamte nordöstliche Region ohne Wasser bleibt. Die *Longitudinal del Norte* ist ein Megainfrastrukturprojekt, welches von Metapan zum Hafen von La Unión führen soll, um Guatemala, Honduras, El Salvador, Nicaragua und Panama miteinander zu verbinden. Die Regierung behauptet, dass die *Longitudinal del Norte* zum Wohle unserer Region gebaut werden soll. Das stimmt aber nicht, denn es soll eine große Straße mit vier Spuren werden. Auf ihr wird die ganze Handelsware im Rahmen der Freihandelsabkommen transportiert werden – es ist eine Lüge, dass es hier um Entwicklung für die Gegend geht. Es wird zwar vorübergehend Arbeit geben, aber letztendlich wird die Arbeitslosigkeit so groß sein, wie jetzt auch, nur dass dann auch noch unsere natürlichen Ressourcen zerstört sein werden. Das sind unsere großen Sorgen. Und die Regierung unternimmt nichts, um Arbeitsplätze zu schaffen. Hier auf dem Land haben wir kaum Erwerbsmöglichkeiten und gleichzeitig schaffen die transnationalen Konzerne unsere Reichtümer fort.

Wie kann die internationale Solidarität Euren Widerstand unterstützen?

Wir hoffen auf moralische und politische Unterstützung, um die Regierung unter Druck zu setzen, die Projekte zu stoppen, denn sie sind ein Attentat auf das Leben. Eine Möglichkeit dazu sind Protestbriefe, die an die Regierung und Botschaften geschickt werden. Aber wir brauchen auch finanzielle Unterstützung, um Plakate und Flyer zu drucken und Radiobeiträge zu machen. Es geht außerdem um eine Internationalisierung des Protestes. Wenn wir hier eine Aktion wie eine Straßensperre machen, dann organisieren unsere Partnerstädte zeitgleich in den USA Demonstrationen.

Viele der Gemeinden in dieser Gegend Chalatenangos sind *Re poblaciones*, d.h. sie bildeten während des Bürgerkrieges die Basis für die Guerilla.



Für das Recht auf Leben – ein zur Minenausbeutung. Unter diesem Leitspruch wehren sich die chalatekischen Gemeinden gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen.

„La otra campaña“ – Die andere Kampagne zur Demokratisierung Mexikos

(ssch) Im Sommer vergangenen Jahres rief die EZLN einen sogenannten „Roten Alarm“ für die autonomen Zonen in Chiapas aus. Diese Maßnahme kam überraschend für die meisten BeobachterInnen, schien zunächst unverständlich und regte zu vielen Spekulationen an, denn der Zeitpunkt wirkte losgelöst von aktuellen Ereignissen. Die EZLN hatte jedoch wieder mal ein gutes Gefühl für die Verbindung von zeitlichen und inhaltlichen Berlegungen und so stellte sich der Auftakt für die zunächst internen Beratungen, die darauf folgten, im Nachhinein als gut getimt heraus. Denn Mexiko befand sich schon im Vorwahlkampfgetöse, man erinnere sich nur an den Versuch, Andrés Manuel López Obrador, den mittlerweile aussichtsreichsten Präsidentschaftskandidaten der PRD, seines Amtes zu entheben und damit auch eine Kandidatur unmöglich zu machen, was eine öffentliche Protest- und Solidarisierungswelle großen Ausmaßes nach sich zog.

In diesen Tagen des „Roten Alarms“ wurden interne Beratungen in den autonomen Gemeinden abgehalten. Die anschließende Formulierung und Bekanntgabe der sogenannten „Sexta Declaración de la Selva Lacandona“, das Ergebnis dieser Beratungen, zielten dann auch durchaus passend zur allgemeinen Vorwahlkampfaufregung auf eine gesamte politische, soziale und ökonomische Veränderung im ganzen Land. Im Gegensatz zu den inhaltsleeren Wahlkampfslogans der Parteien schlugen die ZapatistInnen darin jedoch eine konkrete Analyse der derzeitigen Verhältnisse aus ihrer Sicht sowie eine Gegenstrategie vor: Als eines der ehrgeizigsten Ziele dabei wird sogar die Erarbeitung einer neuen Verfas-

sung für Mexiko ins Auge gefaßt.

Dies liegt allerdings noch in weiter Ferne, was auch den VerfasserInnen der „Sexta Declaración“ durchaus klar ist. Der Vorschlag und das Angebot an die Linke Mexikos lautet daher, gemeinsam Strategien zu erarbeiten, um das neoliberale Wirtschaftsmodell zu bekämpfen, die parteipolitischen machtorientierten Wahlkampf- und Regierungsstrategien abzulehnen und einen breiten sozialen Block aufzubauen, der gemeinsam solidarisch handlungsfähig ist. Dies bedeutet, dass sich die EZLN nun erstmals ganz real mit anderen sozialen Sektoren des Landes zusammensetzen will, die gleichermaßen unter Entbehrung, Ausgrenzung und Unterdrückung leiden, um damit von „links unten“ die politische und soziale Realität Mexikos zu verändern.

Bemerkenswert und neu an dieser Vorgehensweise ist, dass sich die ZapatistInnen weder als SprecherIn und noch weniger als AnführerIn dieser sogenannten „Anderen Kampagne“

(„La Otra“, wie sie in Mexiko nur noch genannt wird) sehen, sondern dass auch sie einfach daran teilnehmen wollen. Dies bildet einen Teil ihrer schon lange verfolgten Strategie, „die Welt zu verändern, ohne die Macht zu ergreifen“.

Diese Form von Politikverständnis kann durchaus als machtbefördernder Faktor gesehen werden, wenn es die Linke Mexikos schafft, damit in den kommenden Jahren einen Reformprozess für die mexikanische Verfassung in Angriff zu nehmen und diesen vielleicht sogar erfolgreich zu beenden.

Eine Rundreise in Mexiko

Auftakt der Kampagne war der . . . Januar 2006. In San Cristobal de las Casas, Chiapas, brach der Delegado Zero (der „Delegierte Null“, so der neue Name von Subcomandante Marcos für diese erste Reise) zu einer sechsmonatigen Rundreise durch ganz Mexiko auf. Seit einigen Monaten ist



reguntando viajamos . . . Auftakt der otra campaña in San Cristobal Chiapas am . . . 2006

Diese Idee versteht sich als politisch-kulturelle Aktion für den Sommer 200 . Sie soll kreuz und quer durch Europa gehen und u. a. eine Gegenbewegung zum G -Gipfel in Heiligendamm sein. Das Projekt hat das Ziel, Menschen zusammenzubringen, die auf der Suche nach gesellschaftlichen Alternativen sind über Grenzen von Ländern und über Grenzen zwischen Menschen hinweg. Politische AktivistInnen, MusikerInnen, KünstlerInnen, Theaterleute, Radio- und VideoaktivistInnen, PoetInnen, TräumerInnen und UtopistInnen, Menschen, die ein anderes Europa ein Europa von unten, ein Europa von vielen kennenlernen und schaffen wollen.

Es sollen eine Reihe von Festivals als politisch-kulturelle Events und Treffen in verschiedenen Ländern Europas stattfinden, die als Orte der Begegnung und des Austauschs konzipiert sind. Die regionalen und mitgereisten Personen und Gruppen schaffen temporäre Plattformen, um Ideen, Probleme, Ansichten und Projekte mit (künstlerischen) Ausdrucksmöglichkeiten wie Musik, Theater, Kleinkunst, Wandmalerei, Video- und Radioprojekte, Workshops etc. vorzustellen. Die teilnehmenden Gruppen, Kollektive oder vorübergehenden Zusammenschlüsse, die an zwei, drei oder vielen dieser Festivals mitwirken, werden sich zwischen den Festivals nicht als Tross oder Karawane im eigentlichen Sinne fortbewegen, sondern sich verstreuen und in die Breite gehen: mit Konzerten, Theateraufführungen, Veranstaltungen, Workcamps, Aktionen, dorthin, wohin sie eingeladen werden . Außerdem soll eine europaweite Befragung an den Orten der Treffen und auf den Wegen dazwischen durchgeführt werden. Die Fragen sollen sich um den Zustand Europas und der Welt drehen, eine menschliche Zukunft und den Weg dahin.

Bis jetzt bestehen Kontakte zu einer Reihe von Projekten, Gruppen, Netzwerken und Einzelpersonen aus Amsterdam, Barcelona, Berlin, Bern, Birmingham, Budapest, Frankfurt, Köln, London, Marseille, Mexico D.F., München, Münster, Paris, New York und Warschau. Das Ziel ist, in den nächsten Monaten eine europaweite Vernetzungsstruktur zu schaffen und das Projekt in vielen europäischen Ländern weiter zu verbreiten. Der Aufruf für die Karawane liegt inzwischen in vielen Sprachen vor und ist u. a. auf der a-basta-netz-homepage zu finden.

Kontakt: vision0@riseup.net. Aufrufe und weitere Informationen gibt es auf den Seiten: gipfelsoli.org/Heiligendamm oder: www.a-basta-netz.de/vu, newsletter abonnieren: [http://lists.riseup.net/www.info/vision0-newsletter-](http://lists.riseup.net/www.info/vision0-newsletter)

er nun "auf Tour und besucht die verschiedensten Orte, Gruppen, AktivistInnen, kurz alle, die ihn einladen und die Interesse haben, ihre Realitäten und Lebensumstände, Vorschläge und Meinungen zu erzählen, zu sammeln und zu bündeln und Strategien zu finden, mit denen die Verhältnisse des Landes von unten verändert werden können. Wie dieser Aktionsplan letztendlich aussehen wird, wird sich erst noch herausstellen: In der derzeitigen Phase werden viele Verbindungen hergestellt, Meinungen und Bedürfnisse ausgetauscht, diskutiert und zugehört, es wird an einem großen Netz von Beziehungen und Austausch gewebt wie tragfähig es werden wird, wird die Zukunft zeigen.

Gewerkschaften, Gruppen, Kollektive und Einzelpersonen aus Mexiko und dem Ausland haben sich mitt-

lerweile angeschlossen und bilden ein buntes Spektrum, das die Vielfalt von Protesten, kreativen Aktionen sowie der Suche und realen Umsetzung von Alternativen zu den derzeit herrschenden Strukturen widerspiegelt. Ob es nun die Jugendlichen eines selbstverwalteten Zentrums sind, Prostituierte, GewerkschafterInnen, ArbeiterInnen oder Bauern und Bäuerinnen, die die Umstände ihres Arbeits- und persönlichen Lebens schildern, es ist in den vielen Gesprächen und Konferenzen spürbar, dass es viele einzelne Geschichten sind, die sich jedoch gleichen in dem Bedürfnis nach Selbstbestimmung und einem würdigen Leben, und damit ihre Anknüpfungspunkte finden in der solidarischen Idee der Kampagne. Die Otra Campaña ist damit auch ein Hoffnungsträger geworden, dass sich in Mexiko demokrati-

sche Strukturen durchsetzen und der Ausschluss vieler Gruppen und Sektoren der Gesellschaft durch menschenwürdiger soziale und ökonomische Konzepte beendet wird.

und eine Karawane in Europa

In Mexiko ist diese Idee einer „anderen Kampagne“ damit schon auf dem Weg, zur Realität zu werden. Im Rahmen dieser Kampagne gibt es in Mexiko den Plan einiger Menschen, 200 eine „andere Karawane“ zu initiieren, die quer durch einige Bundesstaaten ziehen soll. Sie soll dem Austausch und der Kommunikation auf kultureller und politischer Ebene dienen, um die Otra Campaña zu unterstützen und weiterzuentwickeln. Daraus entstand nun auch in Deutschland die Idee einer europaweiten Karawane, die die mexikanische Kampagne ergänzen will. Bisher trägt diese Idee in Deutschland den Titel „Karawahn-sinn“ eine Idee, die schon durch einige andere Namen in verschiedenen Sprachen übersetzt wurde (s. Kasten).

Jan Klein von der Vorbereitungsgruppe erklärt in einem Interview in der ILA (Ausgabe April 06) diese „etwas größenwahnsinnige Idee“ (so der Titel des Interviews ...): „Dahinter steht die Idee, dass wir, die wir etwas am Zustand dieser Welt verändern wollen, uns dringend darüber austauschen müssen, wie wir das machen wollen. Und dass wir diesen Austausch und diese Diskussionen wesentlich breiter führen müssen, als das zumindest in unserem Umfeld bisher geschieht. ... Die Karawane will sich auf die Suche machen nach dem anderen Europa, dem Europa von unten, dem Europa der Widerständigkeit. Auch hier ist es zentral, ein würdiges Leben für alle zu ermöglichen, und zwar unabhängig davon, wo und als was die Menschen geboren werden. Die Idee, wie wir das erreichen wollen, besteht aus drei Teilen: Zum einen ist unser Vorschlag, eine Reihe von Festival-Treffen quer durch Europa zu organisieren, die sowohl Kultur in einem politischen Kontext bieten, als auch Räume darstellen, in denen eben dieser Austausch Platz hat. Der zweite Teil besteht in einer Art Karawane, die sich aus Menschen,

Gruppen und Kollektiven zusammensetzt, die an Teilen dieser Festivalreihe teilnehmen, sich aber zwischen den einzelnen Treffen möglichst nicht als Tross fortbewegen, sondern stattdessen in die Breite gehen und ihre eigenen Wege und Kontakte suchen. Zu den Treffen hin laufen die Wege dann wieder zusammen und können einen neuen Knotenpunkt des Austausches bilden. Der dritte Teil schließlich besteht aus einer europaweiten Consulta, also einer Befragung. Dabei sollen einige grundlegende Fragen ausgearbeitet werden, die während des gesamten Projektes mitgetragen und möglichst vielen Menschen gestellt werden. ... Die Umstände und Hintergründe unserer Leben und Kämpfe unterscheiden sich natürlich fundamental voneinander. Aber in diesem Bestreben danach, die Dinge zu ändern, auf eine menschliche Weise zu ändern, darin stehen wir auf der gleichen Seite.“

Dies klingt nach einem großen



Mit Blumen und Macheten Atenco, Te cocco und die andere Kampagne leisten Widerstand

Vorhaben, das bis jetzt von einem (noch) kleinen UnterstützerInnenkreis geträumt, vorwärtsentwickelt und verbreitet wird. Es wird sich herausstellen, welche Dimensionen diese Idee annehmen wird auch hier liegt noch vieles in der Zukunft, doch die Hoff-

nung auf Veränderung und das Bedürfnis, nach würdigen Lebensbedingungen zu suchen, sind auch in diesem Vorhaben die zentrale Motivation. Und damit steckt wohl einiges an zapatistischem Spirit im Karawahnsinn.

Seit dem 1. Mai häuften sich die Meldungen über eine Eskalation der Gewalt in Atenco, einer Stadt in der Nähe von Mexiko-Stadt. Bei brutalen Polizeieinsätzen wurde ein 15-jähriger Junge von der Polizei getötet, es gab zahlreiche z. T. schwer Verletzte und 2 Festgenommene. Von 10 festgenommenen Frauen wurden 6 vergewaltigt oder waren sexuellen Übergriffen ausgesetzt. Die Übergriffe waren, nach neuesten Erkenntnissen, geplant und vorbereitet.

Medienberichten zufolge war der Grund für die Auseinandersetzungen der Widerstand einiger BlumenverkäuferInnen in Texcoco, die sich gegen die Räumung ihrer Verkaufsplätze zur Wehr setzten. Doch auch die Räumung war schon ein Teil der geplanten Repression, die sich gegen die sozialen Bewegungen in Mexiko richten. Mitglieder der Frente de Pueblos Defensa de la Tierra (FPDT) zeigten sich mit den BlumenverkäuferInnen solidarisch. Die FPDT war es, welche sich vor einigen Jahren erfolgreich gegen den Bau eines Flughafens auf ihrem Land zur Wehr gesetzt hat. Die Provokationen gegen die BlumenverkäuferInnen, sowie die im Anschluss daran massiv verübte Gewalt seitens der Polizeikräfte wird als Strafaktion gegen diese Gruppierung gewertet. Unter den festgenommenen Personen befindet sich auch eine Führungsperson der FPDT, Ignacio del Valle.

BeobachterInnen sind sich einig, daß die unverhältnismäßigen, brutalen und menschenrechtsverletzenden Polizeieinsätze klar gegen die Gruppierungen und Bewegungen gerichtet sind, die sich in La Otra Campaña engagieren.

Als Reaktion auf die Offensive der Regierung gegen Atenco und die „Andere Kampagne“ fanden in Mexiko am 1. Mai zahlreiche Protestaktionen statt. Es wurden eine Autobahn sowie Teile der Universität blockiert. Die Blockade der Zufahrtswege nach Atenco selbst wurde im Morgengrauen des 2. Mai durch 1.000 PolizistInnen gewaltsam geräumt. Am Abend des 2. Mai verließ eine Demonstration mit mehreren Tausend TeilnehmerInnen Mexiko-Stadt, um die Stadt Atenco symbolisch durch die Zivilgesellschaft zurückzugewinnen.

Wenige Tage vor der Offensive der Polizei wurde Atenco von der zapatistischen Delegation, der „Anderen Kampagne“ besucht. Der massive Polizeieinsatz gilt als eine klare Zeichen und als eine Drohung für die UnterstützerInnen der „Anderen Kampagne“. Dieser wird von Regierungsseite vorgeworfen, verantwortlich für die eskalierende Gewalt zu sein und das Land mit ihrer Kampagne, zwei Monate vor den Präsidentschaftswahlen, destabilisieren zu wollen. Bereits einige Tage zuvor war eine Zunahme der Repression gegen die „Andere Kampagne“ zu verzeichnen. So wurden am 1. Mai auf einer Demonstration in Mexiko-Stadt zur Unterstützung der mexikanischen MigrantInnen in den Vereinigten Staaten vier Menschen aus dem Bundesstaat Oaxaca und vier AusländerInnen verhaftet. Am 2. Mai wurden im Zuge einer Veranstaltung mit dem „Subdelegado Zero“ an der Plaza de las tres culturas und bei Protesten gegen die Offensive von Atenco mehrere StudentInnen der großen Universitäten, der UNAM, der POLI und der ENAH, verhaftet.

Diese Vorgänge zeigen deutlich, wie lang der Weg Mexikos zu einer wirklichen Demokratisierung noch sein wird. Weitere Infos: <http://www.gruppe-basta.de/> (deutsch), <http://www.ezln.org.mx/> (spanisch)

Verlassene Waisen

(dt) Der „femicidio“ in Ciudad Juarez hinterlässt nicht nur ermordete Frauen, sondern auch eine grosse Anzahl Waisenkinder, um die sich die Behörden nicht kümmern wollen.

Seit 2006 wurden in Ciudad Juarez, Bundesstaat Chihuahua, mehr als 1000 Frauen vergewaltigt und systematisch ermordet (siehe Infoblatt 66). Doch das Problem der „femicidios“ endet nicht bei den Frauenmorden. Jenseits der Straflosigkeit und der Gelassenheit der Behörden, die Fälle zu lösen, sind die Folgen der „femicidios“ bis heute ein Alptraum für die Angehörigen der Opfer.

Viele der ermordeten Frauen hatten Kinder, und wie wir in vergangenen Ausgaben erwähnt haben, handelte es sich oft um alleinerziehende Mütter. Heute gibt es in Ciudad Juarez 60 Waisenkinder, die mit verschiedenen Problemen konfrontiert werden. Die Grenzstadt Juarez besitzt kaum (soziale) Infrastruktur. Das Maquila-Modell bietet nur Arbeit. Die großen Gewinne, die dort realisiert werden, werden nicht wieder in die Region investiert, um die Lebensqualität der ArbeiterInnen zu erhöhen.

Vor diesem Hintergrund wird klar, dass die Kinder der ermordeten Frauen

sich selbst und ihrem Glück überlassen sind. Viele der ermordeten Frauen hätten das Recht auf Sozialversicherung, womit ihren Kindern eine Waisenrente zustünde, aber die Mehrheit bekommt keine und die wenigen, die etwas bekommen, erhalten sehr wenig. In fast allen Fällen müssen sich die Verwandten um die Waisenkinder kümmern.

Da die ermordeten Frauen zumeist als Einzige in der Familie ein Einkommen hatten, verschlechterte sich mit ihrem Tod die sowieso schon schwierige finanzielle Situation ihrer Familien, die sich noch zusätzlich um die Waisenkinder kümmern müssen. Das wird an den folgenden gravierenden Fällen deutlich: Eines der Kinder von Lorenza Isela Gonzalez lebt auf der Straße, die Tochter von Perla Patricia Sanchez Diaz hat mehrere Selbstmordversuche unternommen, eines der Kinder von Silvia Arce sitzt im Jugendknast und das andere ist bei einer befreundeten Familie in den USA. Die Kinder von Alejandra Garcia wohnen zusammen mit ihrer Oma, die selbst krank ist. Viele der Kinder leiden unter Krankheiten, die man sonst nur von Erwachsenen kennt, wie z. B. Migräne. Dies sind einige Fälle, die wir durch unsere Zusammenarbeit mit Nuestras Hijas de

Regreso a Casa (NHRC) kennen, aber wie sie uns erzählt haben, gibt es noch viele ähnliche Fälle in Juarez.

NHRC, eine Organisation von Angehörigen der Opfer, ist die Partnerorganisation des Öku-Büros in der Kampagne Ni una mas. Ein Teil der Arbeit von NHRC ist die Betreuung einiger Waisenkinder. Marisela Ortiz, Direktorin der Organisation, erzählte uns: „... Wenn unsere Organisation die Unterstützung für diese Minderjährigen fordert, sagen sie uns, dass jeder Familie maximal 100 Pesos alle zwei Wochen zustehen. Doch dies wird von der Regierung entschieden und die Entscheidungen werden sehr selektiv gefällt. Die Kinder und Jugendlichen sind allein und oft auf der Straße und es gibt keine Institution, die sich um sie kümmert. Nach unseren Informationen wurde die einzige Institution dieser Art von der aktuellen Stadtregierung geschlossen. Es ist entmutigend zu sehen, wie alle Tore geschlossen werden, wenn man Hilfe sucht, um einige dieser Probleme zu lösen. Es ist frustrierend zu wissen, dass diese Kinder auf der Straße zu Erwachsenen werden. ...“

Eine weitere Sorge für die Organisation sind die Integrationsprobleme dieser Kinder und Jugendlichen. Sie haben nicht nur den Mord ihrer Mütter erlebt, sondern sind auch sehr stigmatisiert worden. Die soziale Situation der Jugendlichen führt in Kombination mit dem großen Angebot an harten Drogen in Ciudad Juarez zu einem hohen Drogenkonsum unter diesen Jugendlichen.

NHRC kämpft dafür, dass diese Kinder wahrgenommen werden und auch auf ihre Probleme eingegangen wird. Dies ist mittlerweile eine der wichtigsten Säulen der Arbeit von Nuestras hijas geworden. Das Ökumenische Büro unterstützt diese Arbeit. Von Oktober bis November wird eine unserer ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen ein Partizipatives Wandbild mit den Waisenkindern in Ciudad Juarez erstellen (siehe Kasten)

1000 pesos mexicanos



Gerechtigkeit in Ciudad Juarez muss auch eine Lösung für Waisenkinder finden

Ein Projekt von „Nuestras Hujas de Regreso a Casa e.V. (NHRC)“

Wir sind eine Gruppe von Angehörigen der ermordeten und vermissten Frauen in Ciudad Juárez, die sich dafür einsetzt, Gerechtigkeit zu fordern und die seit den 1990er Jahren andauernden Frauenmorde zu beenden. In gleicher Weise interessiert uns die Vermeidung von Entführungen, Gewalttaten und Morden an Frauen und wir haben deshalb Programme für Jugendliche und Kinder entwickelt, die in Schulen über das Thema aufklären. Außerdem beginnen wir gerade mit der Übertragung unseres kommunalen Radios „RadioFem, das Schweigen brechen“ via Internet.

Eines unserer Ziele ist es auch, uns für die Wiederherstellung familiärer Rechte einzusetzen, denn nach der Ermordung einer Frau hat ihre Familie, und insbesondere die Söhne und Töchter der Opfer, kein Anrecht auf psychologische, medizinische oder anderweitige Beratung. Einige Kinder gehen aus Mangel an finanziellen Mitteln nicht mehr in die Schule, denn alle ermordeten Frauen waren Angestellte aus ärmeren Familien, die ihre Haushalte finanziell unterstützten. Zusätzlich handelt es sich bei 60 Prozent der Geburten in unserer Gesellschaft um alleinerziehende Mütter und in den wenigen Fällen, in denen es einen „Vater“ gibt oder gab, ist dieser abgehauen, gestorben oder wurde zum Alkoholiker.

Diese bisher nicht beachteten familiären Tragödien haben oftmals noch größere gesellschaftliche Schwierigkeiten hervorgerufen und wir möchten verhindern, dass sich dieses soziale Problem in Zukunft weiter verschlimmert. Deshalb, und in Anbetracht dessen, dass eine integrative Politik zur Betreuung von Kindern der Opfer bisher fehlt, möchten wir das Projekt: „Kunsttherapie, Menschenrechte und Bildung für Kinder der Familien ermordeter und vermisster Frauen in Ciudad Juárez“ durchführen.

Das Projekt wird mit Kindern und Jugendlichen aus den Familien der ermordeten und vermissten Frauen aus Ciudad Juárez durchgeführt und umfasst drei Elemente, die mit der Wiederbelebung der sozialen Verantwortung in unserer Gemeinschaft zu tun haben:

Grundsätzlich geht es um die Vorbeugung verschiedener sozialer Schwierigkeiten, die aus der Nichtbeachtung dieser Kinder resultieren können, da sie durch die Ermordung einer Frau in ihrer Familie direkt betroffen sind. Es ist eine Art Therapie mittels der Kunst. Dafür brauchen wir Menschen, die mit diesen Kindern und Jugendlichen an Projekten im Bereich Theater, Kino, Musik, Gesang, Video, Zeichnen, Fotografie, Tanz, Malerei etc. arbeiten. Um dies umsetzen zu können, benötigen wir finanzielle Mittel, damit wir für mindestens ein Jahr Räume mieten können, in denen diese Workshops stattfinden können. Wir gehen davon aus, dass alle Projekte mit einem konkreten Resultat abschließen: einem Theaterstück, einem Tanzfestival, einer Ausstellung von Bildern, Entwürfen oder Fotografien etc., um sie der Gemeinde zu zeigen.

Es erscheint uns unerlässlich, eine neue Kultur anzuregen, die auf der Achtung der Menschenrechte basiert und dass die Kinder so erzogen werden, dass sie sich zu Vermittlern dieser Rechte entwickeln. Nur wenn wir unsere Rechte kennen, sind wir in der Lage, diese auch einzufordern und zu verteidigen. Wenn wir sie nicht kennen, können sie verletzt werden. Dieses Problem könnten wir durch Workshops lösen, in denen die Kindern alles über Menschenrechte lernen.

Wir müssen die Verantwortung für diese Kinder und Jugendlichen übernehmen. Wenn wir dies nicht tun, lassen wir sie im Stich. Langfristig gesehen, kann dies negative Auswirkungen auf unsere Gesellschaft haben, denn ohne emotionale Regeneration, ohne die Kenntnis und Einforderung ihrer Rechte und ohne die Möglichkeit auf Bildung bleiben die Jugendlichen orientierungslos und sie werden nicht in der Lage sein, ihr Leben selbstständig zu sichern.

Wir schlagen vor, einen Stipendienfonds einzurichten oder den Staat zur Übernahme von Verantwortung anzuhalten, damit sie nicht ohne jede Chance auf Bildung bleiben.

Im Kontext des kunsttherapeutischen Projektes von NHRC wird eine ehrenamtliche Mitarbeiterin des Ökumenischen Büros im Oktober und November 2006 ein Wandbild- und Videoprojekt initiieren. Es soll ein Wandbildprojekt mit den Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Raum der Stadt entstehen, das an einer öffentlich sichtbaren, großen Außenwand in Ciudad Juárez in großem Format (mind. 10 m mal 100 m) mit bunten Wandfarben von den Kindern und Jugendlichen nach deren Ideen und Vorstellungen gestaltet wird. Der Prozeß wird mit einer Videokamera festgehalten. Damit sollen der Entstehungsprozess und der Kontext sowie biografische Hintergründe der TeilnehmerInnen, Erlebnisse, Eindrücke und Geschichten gesammelt und festgehalten werden. Die Bearbeitung und die inhaltliche Auswertung bleibt in den Händen der Gruppe, damit diese ihre eigene Geschichte erzählen kann. Unterstützt wird die Durchführung von einem Dokumentarfilmer aus Ciudad Juárez und von Mitgliedern der Gruppe „Kolektivo Arte Komunitario“ aus Mexiko-Stadt.

Beide Projekte entstehen nach der von Professor Sergio Valdéz (UAM Mexiko) entwickelten Methode des „Mural Comunitario Participativo Pintar Obedeciendo“. Professor Valdéz ist auch hier in München nicht unbekannt. Er hat bereits 2001 und 2002 zwei Wandbildprojekte mit dem Ökumenischen Büro durchgeführt. In seiner Arbeitsmethode legt er großen Wert darauf, daß sich die ausführende Gruppe selbst ausdrückt und eine eigene, ihrer Geschichte und den Inhalten gemäße Form der Artikulation findet, um damit auf künstlerischer sowie auf politischer und sozialer Ebene wirken zu können.

„Philosophie des Wassers“ auf allen Seiten

Das Vierte Weltwasserforum und Gegenveranstaltungen in Mexiko-Stadt

(Christian Rummel) Die VeranstalterInnen des im März in Mexiko-Stadt abgehaltenen Vierten Weltwasserforums haben sich ein weites Mal davor gedrückt, den Zugang zu ausreichend und hygienischem Wasser als fundamentales Menschenrecht einzustufen. Sie versuchten mit allerlei Begleitprogramm und schönen Reden über diesen Umstand hinwegzutäuschen. Aber auch die zeitgleich stattfindenden Gegenveranstaltungen beließen es oftmals bei philosophischen Reden und sparten wichtige Themenbereiche und Fragestellungen komplett aus. Die weltweiten Kämpfe gegen die Privatisierung der Wasserversorgung scheinen so dazu verurteilt, ihr Dasein als weitere Teilbereichsbewegung zu fristen.

Vom 6. bis 22. März 2006 tagte im „Centro Banamex“ von Mexiko-Stadt das Vierte Weltwasserforum (WWF) unter dem mittlerweile etwas angestaubten Titel „Lokale Aktionen für eine globale Herausforderung“. Dieses Treffen fand zum ersten Mal in Marakesch statt und wird seither in dreijährigem Rhythmus wiederholt. Es handelt sich dabei um einen privat veranstalteten Kongress, an dem VertreterInnen der offiziellen Politik gerne teilnehmen und der in dieser Hinsicht durchaus als die „Sicherheitskonferenz des Wassersektors“ bezeichnet werden kann. Der kanadische Wasserrechtler Tom Clarke nannte die Veranstaltung in der mexikanischen Tageszeitung Jornada vom 6. März nichts anderes als einen „großen Zirkus“. Im Jahr 2000 hatte das WWF in Den Haag traurige Berühmtheit erlangt, als es festhielt, Wasser sei ein Wirtschaftsgut und „menschliches Bedürfnis“ nicht etwa ein Menschenrecht. Der Unterschied ist kein geringerer als die Frage nach der Zuständigkeit für die

Wasserversorgung. Während ein Menschenrecht auf Wasser Staaten (oder Gesellschaften) in die Pflicht nähme, ihre Bevölkerung auf nicht-kommerzieller Grundlage mit (sauberm) Wasser zu versorgen, verbleibt bei einem „menschlichen Bedürfnis“ lediglich das Recht übrig, sich Wasser auf kommerzieller Basis zu kaufen. Damit kann Wasser auch weiterhin und nach dem Gusto der großen, mehrheitlich in Europa ansässigen Wasserkonzerne sogar verstärkt als Ware produziert und nach den Prinzipien von (knappem) Angebot und (hoher) Nachfrage gehandelt werden. Zur Konkretisierung dieses folgenschweren Entschlusses waren in Den Haag sogenannte Private-Public-Partnerships (PPP) als vermeintliches Patentrezept zur Lösung der weltweiten Wasserkrise definiert worden.

Laut dem Wirtschaftsmagazin Fortune wird der Jahresumsatz im weltweiten Wassersektor auf etwa 100 Milliarden US-Dollar geschätzt (1). Entsprechend hoch ist das Interesse von privaten Konzernen, sich auf diesem Markt gut zu positionieren. Als Vertreterin von Kapitalinteressen fordert daher beispielsweise die EU mittels des „Allgemeinen Abkommens über Handel mit Dienstleistungen“ (GATS) und der Welthandelsorganisation (WTO) weltweit die Öffnung des Dienstleistungssektors für Private ein. Die Wasserver- und Abwasserentsorgung wird dabei unter Umweltdienstleistungen subsumiert. Alejandro Villamar vom Mexikanischen Aktionsnetzwerk gegen den Freihandel (Red Mexicana de Acción frente al Libre Comercio, RMALC) stellte beispielsweise auf dem Forum gegen das WWF fest, dass „Wasser das Hauptinteresse Frankreichs in den Handelsverträgen mit Mexiko“ ist. Dieser Einschätzung ein wenig entgegen steht jedoch die aktuelle Tendenz

der Wassermultis, sich aus Trikontinenten wieder zurückzuziehen. Private Konzerne haben seit den 1990er Jahren nämlich erfahren müssen, dass dort kaum kurzfristige Profite zu machen sind. Gerade der hohe Investitionsbedarf, der die Unternehmen jetzt zurück in ihre Herkunftsregion Europa treibt, wird von den InitiatorInnen des WWF jedoch noch immer gebetsmühlenartig als Argument für private Beteiligungen wiederholt: Nur so könne das Kapital bereitgestellt werden, das fehlt, um auch die ärmsten mit sauberem Wasser zu versorgen.

Das WWF in Mexiko-Stadt wurde von der mexikanischen Nationalen Wasserkommission CONAGUA gemeinsam mit dem World Water Council (WWC) ausgerichtet. CONAGUA hat 2002 einen Weltbankkredit in Höhe von 200 Mio. US-Dollar erhalten, mit dessen Hilfe auf lokaler Ebene PPPs gefördert und die vollständige Kostendeckung durch die Wassertarife eingeführt werden sollen (2). Das WWC wiederum ist eine 1966 gegründete Denkfabrik und Lobbyistenorganisation, zu deren mittlerweile über 100 Mitgliedern „führende Branchenverbände, weltweit agierende Wasserunternehmen, UN-Organisationen, für Wasserfragen zuständige Ministerien, Finanzorganisationen und Vertreter einiger nichtstaatlicher Organisationen, Politiker, Wissenschaftler und Medien“ (3) zählen. Die bekanntesten Wasserkonzerne sind dabei neben den Nummern Eins und Zwei auf dem weltweiten Wassermarkt Suez/Ondeo/L'Oréal des Eaux (F) und Vivendi/Veolia/Générale des Eaux (F) Bewater (GB) und United Water (USA). Aus Deutschland sind in der Organisation die mit der Ausführung eines Großteils der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit betraute Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und

der Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (BGW) vertreten (). Das WWF zeichnet unter anderem für den auf dem WWF in Den Haag vorgestellten Bericht „World Water Vision“ hauptverantwortlich, „in dem Einzelpersonen und Gruppen viele davon standen eindeutig in den Diensten von internationalen Wasserkonzernen und deren Tochterfirmen einen Plan für die Privatisierung der Wasserversorgung entwarfen“ ().

Mexikanische Verhältnisse

In Mexiko muss zum Trinken und Zubereiten von Speisen vielerorts auf in Flaschen abgefülltes Wasser zurückgegriffen werden, weil das Leitungswasser nicht oder nur eingeschränkt für den menschlichen Verzehr geeignet ist. Zudem haben bei einem Anschlussgrad an die Wasserversorgung von (nur der Bevölkerung genießen sanitäre Versorgung) etwa Millionen der 0 Millionen MexikanerInnen überhaupt keinen Zugang zu Wasser (). Selbst die angeschlossenen Haushalte erhalten Wasser oftmals nur stundenweise und müssen es in großen Sammelbehältern speichern.

Solche Defizite nutzen große Konzerne, die landesweit Flaschenwasser anbieten: Durch das bloße Abfüllen von Wasser in Flaschen (oder entsprechend größere Behältnisse was am Prinzip nichts verändert), eröffnen sich für die Unternehmen auf dem noch völlig unregulierten Markt enorme Gewinnspannen. In vielen Fällen wird dabei das entnommene Wasser lediglich gefiltert und/oder Keime mit UV-Licht abgetötet. Das Flaschenwasser ist danach zwar (meist) medizinisch unbedenklich, davon abgesehen aber oft kaum besser als das Leitungswasser beispielsweise enthält es häufig keinerlei Mineralien (wofür mit dem Zusatz „bajo en sales“ sogar noch geworben wird). In Mexiko werden jährlich etwa 2 Milliarden Pesos (etwa 2, Milliarden Euro) für Flaschenwasser ausgegeben fast das Doppelte der gesamten Einnahmen der Wasserversorger. Damit ist das Land nach den USA der weltweit zweitgrößte Markt für Flaschenwasser (6). Coca Cola (mit seiner Marke „Aguapura“) und Pepsi Cola („Electropura“) sind auf dem mexikanischen Markt am präsentesten.

Wie viele mexikanische Städte hat auch die Mega-Metropole Mexiko-

Stadt ein massives Versorgungsproblem. Die Wasservorräte des einstmaligen riesigen Sees, auf dem die Stadt erbaut ist, sind nahezu erschöpft. Seit längerem wird daher Wasser unter enormem Energieaufwand aus dem gesamten Bundesstaat Mexiko herangepumpt. Die Campesinos dieser Wassereinzugsgebiete sind infolge trockenfallender Flüsse und Bäche häufig mit vertrocknenden Feldern und verschmutzten Gewässern konfrontiert. Gegen dieses Problem organisieren sich im Staat Mexiko seit einiger Zeit die Mazahua-Indigenas

(). Aber auch innerhalb der 20-Millionen-Metropole, wo langjährige Konzessionen an Privatunternehmen vergeben wurden, ist die Wasserversorgung vor allem in den Armenvierteln sehr schlecht. Im formell zum Staat Mexiko gehörenden, de facto aber längst mit Mexiko-Stadt verwachsenen Nezahualcoatl, wo auf engstem Raum über eine Million Menschen leben, kommt oftmals stark verschmutztes Wasser aus den Hähnen. Dort gehäuft auftretende Hautkrankheiten werden auf diesen Umstand zurückgeführt ().

Vor dem Hintergrund solcher und vieler anderer Missstände erschien den mexikanischen VeranstalterInnen des WWF eine Imagekampagne angebracht. Kaum ein Kioskdach oder eine Bushaltestelle blieb in Mexiko-Stadt von dem Motto „Unsere Verpflichtung ist es, dass das Wasser in den Mündern der Welt ankommt, bevor es zu spät ist“ verschont. In einer doppelseitigen Anzeige, die u.a. in der „Jornada de Morelos“ vom 6.0.06 abgedruckt wurde, hieß es: „Diese Erfahrung die Expertise der zahlreichen TeilnehmerInnen des WWF, C.R. ermöglicht es Mexiko als Gastgeberland, bei der Formulierung angemessener öffentlicher Politikkonzepte und der Anpassung konkreter Lösungen voranzukommen, die in anderen Breiten bereits erfolgreich waren.“ Was so offen natürlich nicht gesagt wurde, ist, dass es sich bei den „Politikkonzepten“ um ein einziges nämlich Privatisierungen handelt. Als „konkrete Lösungen“ schweben dem WWF Public Private Partnerships in verschiedenstem Gewand vor, und die weltweiten „Erfolge“ dieser neoliberalen Politik sind mittlerweile hinreichend bekannt.

Neben dem eigentlichen WWF gab es in Mexiko-Stadt im März noch eine Vielzahl von Begleitveranstaltungen, die jedoch alle keinerlei Beschlusskraft hatten: ein „Zweites Weltwasserforum für Kinder“, ein „Weltwasserforum der Jugend“, eine „Weltausstellung des Wassers“ und eine Wassermesse. Nach vorheriger Registrierung konnten Interessierte sich hier kostenlos über die Wasserproblematik „informieren“. All diese Folklore und Imagekampagnen konnten jedoch nicht darüber hinwegtäu-



Kaum ein Kiosk oder Bushäuschen blieb in Mexiko-Stadt von der Propaganda des WWF verschont

schen, dass während des WWF in Mexiko eine kritische öffentliche Debatte über die Wasserversorgung bzw. ihre Privatisierung nicht erwünscht war: Anders als noch 2000 in Japan war von den lokalen OrganisatorInnen der Tagung eine Teilnahme (verhalten) kritischer Organisationen an den eigentlichen Forumsveranstaltungen nicht gefördert worden. Im Gegenteil: Die Tagungsgebühr für das WWF selbst lag bei astronomischen 600 US-Dollar. Darüber hinaus waren einigen NGO-VertreterInnen, die an dem zeitgleich tagenden alternativen „Foro Internacional en Defensa del Agua“ (Internationales Forum zur Verteidigung des Wassers) teilnehmen wollten, keine Einreisevisa erteilt worden. Laut Jornada vom 10.06.06 war die Migrationsbehörde sogar mitten in der Nacht in den Hotels einiger TeilnehmerInnen des Alternativ-Forums aufgetaucht, um die Leute mit „Routinekontrollen“ zu schikanieren. Auch den VeranstalterInnen des „Lateinamerikanischen Wassertribunals“, wo öffentlichkeitswirksam gegen Wasserverschwendung, Wasserverschmutzung und Wasserprivatisierung verhandelt wurde, waren die Räume im renommierten Anthropologischen Museum auf Druck der Behörden kurzfristig wieder gekündigt worden.

Eine Initiative aus Bolivien

Der Wasserminister der neuen bolivianischen Regierung, Abel Mamani, sorgte mit seinem Entwurf für die Ministererklärung des WWF für Unruhe. Die oberste Maxime des nach dem Wahlsieg von Evo Morales neu geschaffenen Wasserministeriums dem ersten seiner Art auf dem amerikanischen Kontinent ist nämlich, dass Wasser ein schützenswertes Gemeinschaftsgut ist. Der bolivianische Staat will seit dem Regierungswechsel den sozialen Gebrauch von Wasser über dessen kommerzielle Ausbeutung stellen und die Bedürfnisse der Armen in den Städten und auf dem Land priorisieren. Evo Morales selbst hatte in seiner Amtsantrittsrede verkündet: „Ohne Wasser können wir nicht leben daher darf Wasser kein privates Geschäft sein. Von dem Moment an, in dem es ein privates Geschäft ist, werden die Menschenrechte verletzt. Das Wasser

muss eine öffentliche Dienstleistung sein ...“ (). Unter Bezugnahme auf Verlautbarungen des „Komitees für ökonomische, soziale und kulturelle Rechte“ der Vereinten Nationen vom November 2002, die das Recht auf Wasser als unabdingbare Voraussetzung für die Verwirklichung aller anderen Menschenrechte definieren, schlug Mamani vor, Wasser offiziell den Status eines Menschenrechts einzuräumen. Des weiteren beinhaltete sein Vorschlag für die Ministerrunde die Passage: „Um die Millenniumsziele zu erreichen, versprechen wir, Investitionen in Wasser in unseren öffentlichen nationalen Haushalten zu priorisieren. Wir fordern die Internationale Kooperation (Weltbank, regionale Entwicklungsbanken und bilaterale Zusammenarbeit) auf, die Initiativen der Entwicklungsländer ohne irgendeine Art von Bedingungen zur Privatisierung von Trinkwasserversorgung oder Basis-sanitärdiensten zu unterstützen. Wir berücksichtigen, dass die Bereitstellung und die Kontrolle des Wassers im öffentlichen, sozialen, gemeinschaftlichen, partizipativen, gleichberechtigten Bereich und ohne Gewinnabsichten verbleiben muss. Es ist die Verpflichtung aller nationalen und internationalen Institutionen, diese Bedingungen zu garantieren.“ Wasser solle aus allen Freihandelsverträgen, aus der WTO und allen bilateralen Investitionsabkommen herausgenommen werden. Der bolivianische Vorschlag für die Ministererklärung endete mit einer harschen Kritik am WWF selbst: „Es ist unabdingbar, dass das Weltwasserforum die unterschiedlichen Positionen gebührend reflektiert, die in Bezug auf das Wasser existieren, und zwar ohne die Beteiligung derjenigen zu privilegieren, die über die Mittel verfügen, sich einzuschreiben und die Sitzungen zu organisieren.“ ()

scheitert an der Arroganz der Macht

Nach einer derartig eindeutigen Positionierung der neuen bolivianischen Regierung verwundert es kaum, dass die VertreterInnen der reichen Staaten (in denen viele der großen Wasserkonzerne ansässig sind) die Annahme der Erklärung mit ihrer Stimmenmehrheit zu verhindern wussten.

Schließlich steht ein Menschenrecht auf sauberes Wasser und eine Versorgung ohne Gewinnabsichten (was noch immer weit unterhalb der Schwelle der Herausnahme des Wassers aus der Warenproduktion bleibt) den Interessen des Kapitals diametral entgegen. Ein Vertreter der Weltbank wird in der Jornada vom 10.06.2006 mit der Bemerkung zitiert, man wolle „mit dieser Diskussion keine weiteren 20 Jahre verlieren“. Derzeit seien weniger als 10% des weltweiten Wassermarktes privat und daher kaum der Rede wert. Dass die Wasserkonzerne jedoch in den vergangenen 10 bis 20 Jahren bei Null beginnend diese enorme Steigerung erreicht haben, ignoriert die von der puren Arroganz der Macht geprägte Einlassung geflissentlich. Auch dass Institutionen wie IWF und Weltbank zumindest eine gehörige Mitschuld daran trifft, dass der öffentliche Sektor seiner Versorgungsaufgabe vielerorts nicht gebührend nachkommt, wurde verschwiegen.

Die letztlich verabschiedete Ministererklärung ist ein weiteres Beispiel jener unzähligen „Abschlusserklärungen“, die eines aufwendigen Treffens erst gar nicht bedurft hätten und spricht eine völlig andere Sprache als der bolivianische Entwurf. Die PolitikerInnen beschränken sich darauf, die Notwendigkeit zu unterstreichen, „Wasser und sanitäre Einrichtungen als Prioritäten in nationale Prozesse einzuschließen, insbesondere für eine nationale nachhaltige Entwicklung und Strategien zur Verringerung der Armut“ () von einem Menschenrecht ist freilich nicht die Rede.

icht ohne Widerspruch

Am Tag der Eröffnung des WWF durch den mexikanischen Präsidenten Vicente Fox fand in Mexiko-Stadt auch eine Großdemonstration mehrerer Tausend bis Zehntausend TeilnehmerInnen gegen das Lobbyistentreffen und gegen die Privatisierung von Wasser statt unter welcher Verkleidung diese auch immer daher kommen mag. Zu der Demonstration hatten ökologische und linke Gruppen, Gewerkschaften sowie Vereinigungen von Campesinos und Indígenas aufgerufen. Auch ein „Festival Internacional por el Agua“, das die PRD-Stadtregierung an mehreren Ta-

gen im März ausrichtete, wurde von einzelnen KünstlerInnen immer wieder in den Kontext der Kampagnen gegen die Privatisierung gestellt. So fand beispielsweise am Sonntag nach dem WWF auf dem überfüllten Zocalo von Mexiko-Stadt vor geschätzten 10.000 BesucherInnen ein Open-Air-Konzert mit Los Estrambóticos, Panteón Rococó und Manu Chao statt. Die Bands agitierten direkt vor dem Amtssitz von Vicente Fox völlig unmissverständlich gegen die Privatisierung des Wassers und für „La Otra Campaña“.

Vom 1. bis 3. März fand sich das Spektrum, das tags zuvor die Demonstration getragen hatte, im Gebäude der TelefonistInnengewerkschaft zum „Foro Internacional en Defensa del Agua“ zusammen. Prominenteste TeilnehmerInnen waren sicherlich der bolivianische Wasserminister Abel Mamani und Danielle Mitterand, die beide auch das offizielle WWF besuchten und dort ihre privatisierungskritischen Standpunkte vertraten. Auf dem Alternativ-Forum fanden sehr interessante Workshops zu Themen wie der Rolle der Europäischen Investitionsbank bei der Privatisierung von Wasser und Rohstoffextraktion im Trikont oder den Handelsbeziehungen zwischen Mexiko und der EU statt. Informationen aus aller Welt konnten aus erster Hand gehört, jedoch leider kaum diskutiert werden. Beispielsweise prangerte Richard Bricks Mokolo aus Südafrika das System der „prepaid water meters“ in seinem Heimatland an: Privatisiertes Wasser muss dort vielerorts im Voraus bezahlt werden wie hierzulande etwa Telefonkarten. Nach Verbrauch des Guthabens kommt in manchen Regionen Südafrikas kein Nass mehr aus den Hähnen. Die konkrete Folge davon sei, dass sich in vielen Townships NachbarInnen gegenseitig um Wasser beklauen (müssen). Das Prinzip der Kostendeckung führt in Südafrika nämlich zu hohen Wassertarifen, die sich der arme Bevölkerungsteil nicht mehr leisten kann. Dass sich dies alles in einem der wenigen Länder abspielt, in dem das Recht auf Wasser in der Verfassung festgeschrieben ist, ist für Richard Bricks ein Ausdruck davon, dass „die kapitalistische Welt die Leute zwingt, für ihre Rechte zu bezahlen“.

Die Abschlusserklärung des Alternativ-Forums „Declaración Conjunta de los Movimientos en Defensa del Agua“ (1) ist getragen von der Überzeugung, dass Wasser ein Gemeinschaftsgut und der Zugang dazu ein Menschenrecht ist. Folglich wird jede Form von Privatisierung und PPPs scharf zurückgewiesen. Die Versorgung mit Wasser und die Kontrolle der Wasservorkommen sowie der Dienstleistungen im Wassersektor sollen von öffentlichen Einrichtungen übernommen werden und zwar ohne dass diese ihrerseits einer Profitabsicht nachkommen. Treffen wie dem WWF wird jegliche Legitimität abgesprochen und es wird gefordert, das Wasser aus Freihandelsverträgen und der Welt handelsorganisation herauszunehmen. „Wir fordern, dass jeder Mensch Zugang zu und das Recht auf Wasser guter Qualität und in ausreichender Menge für Hygiene und Ernährung haben muss.“ Die notwendige Menge Trinkwasser soll kostenfrei und unabhängig von Kriterien wie kultureller, religiöser, sozialer, geographischer oder ökonomischer Zugehörigkeit sowie vom Geschlecht zur Verfügung gestellt werden. „Kein Unternehmen, keine Regierung oder internationale Einrichtung darf aufgrund ausbleibender Gebührenzahlungen für den häuslichen Konsum die Lieferung unterbrechen.“ Schließlich haben sich die vertretenen Organisationen für Herbst 2006 noch auf weltweit gleichzeitig durchzuführende Aktionstage verständigt. Das gemeinsame Motto soll lauten: „Das Recht auf Wasser ist möglich: Für eine öffentlich-partizipative Verwaltung.“

Alter Wein in alten Schläuchen

Trotz dieser Einsichten ein wenig anstrengend ist an der weltweiten Bewegung gegen die Privatisierung der Wasserversorgung, dass sie auf dem „Foro Internacional en Defensa del Agua“ wie auch in fast allen ihrer vielen Veröffentlichungen noch immer den zweifellos großen, aber eben mittlerweile sechs Jahre zurückliegenden Erfolg von Cochabamba abfeiern zu müssen scheint. Dabei gibt es unter anderem aus Brasilien, Frankreich und Italien neuere, wenn gleich weniger spektakuläre Rückübertragungen der Wasserversorgung

in den öffentlichen Aufgabenbereich zu berichten. Ebenso wenig wirklich nachvollziehbar ist die Selbstüberschätzung der VeranstalterInnen von Demonstration und Alternativ-Forum: Es mag den Gesetzen der medialen Öffentlichkeitsarbeit genügen, die eigene Bewegung als die wichtigste und erfolgreichste der Welt darzustellen. Die Häufigkeit, mit der vor allem in Plenarveranstaltungen von „historischen Stunden“, von „Meilensteinen“ in der Debatte, dem baldigen „Sieg über den Neoliberalismus“ (sind andere Spielarten des Kapitalismus nicht mehr kritikabel), dem angeblichen „Einfluss“ auf die Diskussionen auf dem WWF sowie vom „absehbaren Stopp“ von Privatisierungen gesprochen wurde, stand jedoch in einem krassen Missverhältnis zum tatsächlichen Geschehen auf dem Forum bzw. ist Zeugnis einer fatalen Fehleinschätzung von Diskursen und Kräfteverhältnissen. Wenn selbst Organisationen wie beispielsweise die Weltbank mittlerweile ihre Sprache derjenigen von NGOs anpassen mussten (oder ist es andersrum), sagt dies schließlich nichts über deren wahren Einfluss auf die Politik des Kapitals aus. Auch der sich abzeichnende, langsame Rückzug mancher großer Wasserkonzerne aus Lateinamerika folgt eher der Logik ausbleibender schneller Profite und dem Druck der AktivistInnen als dem der Straße.

Santiago Arconada Rodríguez vom venezolanischen Wasserversorger HIDROVEN übte Kritik an der immer wieder bemühten „Philosophie des Wassers“ (2) und machte damit klar, dass sich ein gewisses Unverständnis gegenüber diesem auf dem Alternativ-Forum allgegenwärtigen Phänomen zumindest nicht ausschließlich aus einem interkulturellen Missverständnis des/der eurozentrischen BeobachterIn speist. Statt redundanter philosophischer Ergüsse über die einfache Tatsache, dass sauberes Wasser allen zur Verfügung gestellt werden muss und niemand daran verdienen soll, forderte Arconada ein, auch die ganz konkreten Probleme zu diskutieren, die sich jenen stellen, die wie die Bolivianische Republik Venezuela unter der demokratischen Beteiligung der Bevölkerung eine Versorgung mit sauberem Wasser aufbauen wollen.

Der jahrzehntelange Einfluss von Großkonzernen und die oft katastrophal niedrigen Qualitätsstandards von maroden Staatsbetrieben hätten schließlich dazu geführt, dass es kaum Wissen gibt, auf das solche Initiativen aufbauen können.

Im Gegensatz zu den vorgenannten Kritikpunkten richtig ärgerlich war auf dem „Foro Internacional en Defensa del Agua“ jedoch die Tatsache, dass wichtige Aspekte von Privatisierungen (nicht nur im Wassersektor) keine auch keine untergeordnete Rolle spielten: So richtig und wichtig es ist, immer wieder auf die vielen ganz konkreten Schweinereien und die dafür verantwortlichen Finanzorganisationen, Konzerne, ManagerInnen und PolitikerInnen zu verweisen, so wenig wirklichen Erklärungsgehalt hat all dies alleine. Eine wichtige Frage wäre hier gewesen, warum nach einem Jahrhundert Abstinenz privaten Kapitals vom Sektor der Grundversorgung dessen Appetit auf Privatisierungen in den letzten 10 bis 20 Jahren so stark gewachsen ist. Die (wahrlich nicht neue) pure Gewinnsucht einer Hand voll ManagerInnen und die Korruption von PolitikerInnen überzeugen hier als Antwort leider nur wenig. Es hätte eine echte Bereicherung für das Forum sein können, auch die Rolle von Privatisierungen und Inwertsetzung von Natur (z.B. mittels Biotechnologie) und Wasser in aller Welt für den Weiterbestand einer krisenhaften kapitalistischen Ökonomie () zu thematisieren. Schließlich existiert auf die Frage, inwieweit Privatisierungen als neue Runde „ursprünglicher Akkumulation“ () anzusehen sind, noch keine wirklich überzeugende Antwort. Eine solche sich auf einem internationalen Kongress gemeinsam schrittweise zu erarbeiten (und damit den Antiprivatisierungskämpfen eine Teilbereiche übergreifende, antikapitalistische Perspektive zu eröffnen), wäre interessanter und notwendiger gewesen als die gleichermaßen in den offiziellen Begleitveranstaltungen zum WWF wie auf dem Alternativ-Forum dargebotene Endlosschleife der „Philosophie des Wassers“.

- () Christina Deckwirth: Sprudelnde Gewinne (weed-Broschüre), Bonn 200
- (2) <http://www.citizen.org/cmep/Water/cmep/Water/reports/mexico/>
- () Maude Barlow und Ton Clarke: Blaues Gold - Das globale Geschäft mit dem Wasser, Verlag Antje Kunstmann, München 200 , S.
- () <http://www.worldwatercouncil.org> und http://www.uneterre.net/wwc/visu_membre_w.php
- () Laura Po : millones de mexicanos sin agua potable, in La Jornada, edición especial: Agua, Dezember 200
- (6) Angélica Enciso: Diez transnacionales controlan la venta de agua en el orbe, in La Jornada, edición especial: Agua, Dezember 200
- () ILA Nr. 2 vom März 2006, <http://www.ila-web.de/artikel/ila2/cutzamala.htm>
- () <http://www.narconews.com/Issue/articulo.html>
- () Ministerio del Agua Bolivia: Una Visión Humana del Agua en Bolivia, El Ministerio del Agua del Gobierno del Presidente Evo Morales, 2006
- (0) [http://www.worldwaterforum.org/home/..Cfiles/CMinisterial Declaration.pdf](http://www.worldwaterforum.org/home/..Cfiles/CMinisterial%20Declaration.pdf)
- () <http://www.comda.org.mx/jornadas/declaracion.htm>
- (2) Eine kleine Auswahl der blumigsten der damit gemeinten Aussprüche bzw. Argumentationsfiguren: „Wenn wir alle wie das Wasser wären, würde sich unser Leben um vieles ändern“, „Wasser ist das Blut von Pachamama“ (beides Oscar Oliveira, Cochabamba), „Wasser ist ein Geschenk der Natur an die Menschheit“ (Maude Barlow, Canada), „Wasser ist das Blut der Erde“ sowie das viel geliebte „Wasser ist Leben“.
- () *Die der Warenproduktion innewohnenden Widersprüche entladen sich in unvermeidlichen sogenannten „berproduktionskrisen“. Der wichtigste Widerspruch ist hier derjenige zwischen den sich (aufgrund der Konkurrenzsituation der PrivatproduzentInnen) ständig höher entwickelnden Produktivkräften und dem Zwang, die produzierten Waren nach kapitalistischen Spielre-*

geln abzusetzen also zu verkaufen. Während in anderen Produktionsweisen (zum Teil sogar im „real existierenden Sozialismus“) Krisen durch Unterproduktion von Gebrauchswerten entstehen, werden sie in der Warenproduktion absurderweise durch berproduktion von Waren verursacht: berfluss ist im Kapitalismus ein Problem! Ist eine berproduktionskrisen eingetreten, suchen Profite vermehrt Anlagen ausserhalb der Produktion. „Gelöst“ werden berproduktionskrisen durch die Vernichtung von Kapitalien und Produktivkräften, so dass ein neuer „Aufschwung“ möglich wird: Der Kapitalismus steht einem wirklichen Fortschritt der Menschheit im Weg.

- () Im Kapitel 2 des ersten Bandes des „Kapitals“ beschreibt Karl Marx am Beispiel der äußerst gewaltsamen Expropriation der englischen freien BäuerInnen im 16. Jahrhundert das Phänomen der sogenannten „ursprünglichen Akkumulation“: Noch nicht in kapitalistischer Produktion geschaffene Werte werden durch vorkapitalistischen Handel oft auch durch schlichten Raub einer kapitalistischen Gesellschaft einverleibt. Anfang des 20. Jahrhunderts stellte Rosa Luxemburg die verallgemeinerte Analyse an, dass die kapitalistische Akkumulation nur dann „funktionieren“ kann, wenn es ein nicht-kapitalistisches Überes gibt, von wo der kapitalistischen Gesellschaft kontinuierlich Werte zufließen. Ob dieses Überes in bisher nicht vollständig kapitalistisch durchdrungenen Weltregionen oder bisher staatlich verbliebenen Wirtschaftssektoren besteht, erscheint dabei unerheblich. Detaillierte Informationen über den Stand von Privatisierungen und die Strategien von Wasserkonzernen in Lateinamerika finden sich in den Berichten „Water Privatization in Latin America“ (<http://www.psiru.org/publicationsindex.asp>), die von der Public Services International Research Unit (PSIRU) in größeren Abständen herausgegeben werden. Über Brot für die Welt ist zudem die Studie „Privatización del Agua en América Latina“ erhältlich.



Gegendemo und forum: Wasser ist ein Recht und keine Ware ein zur rivatisierung

Praktizierten Internationalismus aufrechterhalten ...

Die Finanzierung der Mexikoarbeit des ökumenischen Büros fällt ab 2006 weg, da weitere Zuschüsse gestrichen werden. Der hauptamtliche Wegfall dieser Arbeit wäre ein sehr großer Verlust für uns. Seit 22 Jahren engagieren sich hier Menschen in praktischer Solidarität mit emanzipatorischen Bewegungen aus Zentralamerika und Mexiko.

Die Einstellung der Mexikoarbeit können Sie jedoch verhindern. Der Bereich, der ca. 1.000 Euro im Jahr kostet, kann erhalten werden, wenn

- 120 FörderInnen monatlich 10,00 Euro oder
- 60 FörderInnen monatlich 20,00 Euro oder
- 30 FörderInnen monatlich 30,00 Euro oder
- viele, viele Menschen kleine oder große Einzelbeträge

auf unser Konto 56 17 62 58 bei der Stadtparkasse München, BLZ 701 500 00 spenden

Spenden für das ökumenische Büro sind steuerlich absetzbar. Formular ausfüllen und an uns senden. Schon jetzt – herzlichen Dank

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V. Pariser Str. 13
81667 München Postvertriebsstück B 11218 F Entgelt bezahlt



... fördert das Ökumenische Büro ... zum Beispiel Mexico

Vernetzung

braucht Kohle
300 x 100 €
werden gebraucht!

... damit eine bewegungsorientierten und radikalen Linken in Sachen Globalisierungskritik, Antirassismus, Antimilitarismus, Postkolonialismus, Biopolitik, ... auch noch nach 25 Jahren weiterhin ein wichtiges Forum zur Vernetzung, genutzt wird!

BÜKO (Bundekoordination Internationalismus)
fon: 040 - 399 500 | mail: ms.f@buko.net

Bankverbindung: OZP & OZBÜKO | EDD | BIC: BLZ 210 002 07 | Kto: 234 088
PIN: 1234 5678

weitere Infos:
www.buko-braucht-kohle.de

5 Fabriken Arbeiterkontrolle in Venezuela

Ein Film von Dario Azzellini und Oliver Ressler



In Ihrem nach „Venezuela von unten“ zweiter Film über die politischen und sozialen Veränderungen in Venezuela richten Azzellini und Ressler in „5 Fabriken – Arbeiterkontrolle in Venezuela“ den Fokus auf den industriellen Sektor. Die Veränderungen im Produktionsbereich Venezuelas werden anhand von fünf Großunternehmen in unterschiedlichen Regionen dargestellt: eine Aluminiumfabrik, ein Textilunternehmen, eine Tomatenfabrik, eine Kakao- und eine Papierfabrik. Vor den Beschäftigten erkämpft und durch Kredite der Regierung unterstützt, breiten sich in Venezuela verschiedene Formen der Mit- und Selbstverwaltung aus. „Die Versammlung ist praktisch der Chef des Unternehmens“, erklärt Rigoberto López von der Textilfabrik „Textileros del Táchira“. Und die Arbeiterin Carmen Ortiz fasst die Erfahrung so zusammen: „In der Kooperative zu arbeiten ist viel besser, als für andere zu arbeiten, denn das ist wie ein Sklave der anderen zu sein.“



Die in den fünf Fabriken an den Produktionsorten aufgenommenen Protagonistinnen geben Einblicke in alternative Organisationsweisen und Modelle von Arbeiterkontrolle. Die Mechanismen und Schwierigkeiten der Selbstverwaltung werden ebenso geschildert wie die profanen Abläufe der Produktion. Die abgebildeten maschinellen Arbeitsprozesse könnten als Metapher für die Wunschmaschine „bevorzugter Prozess“ gelesen werden und die Hoffnungen und Sehnsüchte, die dieser bei den ArbeiterInnen weckt.

Filmpräsentation und Diskussion mit Dario Azzellini
Freitag, 9. Juni 2006, 21 Uhr
im „Maxim“, Landshuter Allee 33
danach Mojitos und Musik

Eine Veranstaltung im Rahmen von *la mirada distinta* – eine internationale Veranstaltungsreihe des KulturJens Westend und des Ökumenischen Büros München

Mit dem **Flugdienst**
des
Ökumenischen Büros
rund um die Welt

Flüge innerhalb **Europas**, nach **Asien**,
Afrika und natürlich nach **Zentral-**
und **Südamerika**

Sonder- und STA-StudentInnen tarife,
Jugendtarife europaweit und natürlich weltweit.

Ticket hinterlegungen, **Pauschal- und Last**

Minute Reisen mit oder ohne Hotel, Reise-
versicherungen
und
Mietwagen ...

Flugdienst im Internet

www.oeku-buero.de/flug

Onlinebuchung für

Flug, Pauschal- und Last Minute-Reisen,

(auch die jeweils aktuellen

Internetsondertarife von Lufthansa und
anderen Airlines sind hier buchbar) Versicherungen und
Mietwagen, Visa- und Gesundheitsinformationen
und, und, und...

Einfach mal reinschauen,
anrufen, anfaxen
oder mailen.

Telefon: 089 - 89 22 49 61 Fax: 089 - 89 22 49 62

Email: flug@oeku-buero.de